Dienstag, 29. Mai 1923 * 52. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 200 M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 248

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Das Angebot der Industrie.

Die Ueberschätzung der Reichs- und Staatsbetriebe. — Der unhaltbare Berechnungsschlüssel. — Was die Sachwertbesitzer an der Geldentwertung verdient haben.

Von

Erich Dombrowski.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat heute den Wortlaut seines Schreibens an den Reichskanzler veröffentlichen lassen. Das ist erfreulich. Die Nebelschleier sind zerrissen. Alle Geheimnistuerei in so entscheidenden Stunden, da es um das Schicksal des ganzen deutschen Volkes geht, ist von Uebel. Lassalle: „Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist." Insofern ist es zu begrüßen, daß die industrielle Offerte der allgemeinen Kritik zur Verfügung gestellt worden ist. Die Regierung kann dann, auf der öffentlichen Meinung fußend, mit weit größerer Selbstsicherheit an die Formulierung der Note herangehen, die den Alliierten das neue Angebot machen wird. Ist nun das Memorandum der deutschen Industrie ohne weiteres zu akzeptieren? Nein. Erhebliche politische, finanzielle und wirtschaftliche Einwände sind dagegen zu erheben. Der Kern des Schreibens, die Bereitwilligkeit, eine Garantie für die Reparationszinsen übernehmen zu wollen, ist dagegen zu begrüßen.

Zum ersten das politische Moment. Der Ton mißfällt. Früher sprachen so die Kurfürsten, die Herzöge mit dem Kaiser, nachdem sie sich territorial abgesondert hatten. Dem Herrscher des römischen Reiches deutscher Nation wurde von seinen längst selbständig gewordenen Vasallen bei jeder Gelegenheit, nicht zuletzt bei Abgaben und Steuern, deutlich zu Gemüte geführt, daß er eigentlich nur ein politisches Luftgebilde über den realen Tatsachen der einzelnen Länder und Ländchen sei. Die deutsche Finanz- und Steuergeschichte ist, wenn man sie bis in die fernen Zeiten des Mittelalters verfolgt, denn auch eins der trübsten Kapitel. Immer wieder wurde die notwendige Finanz- und Steuerreform hinausgeschoben und von den Fürsten vereitelt, nachdem die Kaiser sich durch die Verschleuderung der Reichsgüter ihrer wirtschaftlichen Machtmittel begeben hatten. Als Rudolf von Habsburg die revindicatio bonorum imperii, die Wiedereinziehung der abhanden gekommenen Reichsgüter, versuchte, scheiterte er schließlich an dem ausweichenden und hinhaltenden Benehmen des Kurfürstenkollegs. Von diesem Augenblicke an datiert die deutsche Finanzmisere, die sich dann durch alle die Jahrhunderte fortgeschleppt hat. Die Kaiser schufen sich nun, als Gegengewicht, gegen die wachsende wirtschaftliche und politische Position der aufkommenden Fürsten, eine Hausmacht. Soll sich dieses Spiel zwischen Reichsinteresse und Industrie heute wiederholen? Wollen die Industrieherzöge heute, darüber hinaus, auch noch an die wirtschaftliche Hausmacht des Reiches, an das Staatseigentum und an die Staatswerke mit raschen Fingern greifen, um auch sie sich wirtschaftlich untertänig zu machen? Wir stehen an einem Wendepunkt. Darüber müssen wir uns klar sein. Es handelt sich um eine Prinzipienfrage. Die Regierung hat die industrielle Offerte, um die sie übrigens gebeten hat, entgegenzunehmen. Aber ohne jede Voraussetzung, ohne jede Vorbedingungen, ohne jede Bindungen. Die Regierung hat allein das Gesamtinteresse wahrzunehmen, darf keine Nebenregierung, sei es der Unternehmer, sei es der Arbeiter, aufkommen lassen. So darf es sich dann auch hier um keine interne Abmachung zwischen Regierung und Industrie handeln. In Betracht kann einzig und allein eine gesetzliche Regelung der ganzen Frage kommen. Ein Votum des Parlamentes, dem sich die Industrie wie jeder andere Erwerbsstand zu fügen hat. Abzulehnen ist, in diesem Zusammenhange, auch eine direkte Verhaftung des Privateigentums an die Gläubigerstaaten. Das präzisiert das Schreiben der Industrie auch durchaus zutreffend: „Der Zugriff des Staates auf seine Bürger und insbesondere auf seine Wirtschaft ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit." Mögen alle diese Grenzziehungen formalistisch klingen. In Wirklichkeit sind gerade diese scheinbaren Imponderabilien entscheidend für die Souveränität und die Autorität der Regierung, dieses „Ausschusses", der verfassungsmäßig von dem Vertrauen der Mehrheit des Parlamentes getragen wird.

*

Zum anderen das finanzielle Moment. Die Industrie überläßt dem Reiche und den Einzelstaaten in der Garantieleistung, das heißt in der Aufbringung der Reparationszinsen und Tilgungsraten, höflich den Vortritt. Aber hier entsteht gleich ein großes Mißverhältnis. Für sich selbst bemißt die Industrie ihre Leistungsfähigkeit ziemlich gering. Dagegen setzt sie die Leistungsfähigkeit der staatlichen Betriebe und Unternehmungen überraschend hoch an. Nach ihrer Meinung könnten die Reichs- und Staatsbetriebe, wenn sie nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen regeneriert würden, sechshundert bis tausend Millionen Goldmark jährlich für Reparationszwecke flüssig machen. Was sind Reichs- und Staatsbetriebe? Die Eisenbahnen, die Post, die Reichswerke, jene Kriegswerkstätten, die auf Friedensarbeit umgestellt sind, die fiskalischen Gruben, die Domänen und Forsten. Eisenbahn und Post arbeiten seit Jahren, seit dem Raubbau der Kriegszeit, mit einem hoffnungslosen Defizit. Das wäre vielleicht in einiger Zeit zu beseitigen, wenn man die Tarife ins Ungemessene steigen ließe und den Verwaltungsapparat wesentlich vereinfachte. Aber selbst dann, wenn man in der Rentabilität zu ehemaligen Friedensverhältnissen zurückkehrte, kämen bei der Eisenbahn höchstens zweihundert Millionen und bei der Post fünfzig Millionen Goldmark als jährlicher Ueberschuß in Frage. Voraussetzung dafür aber wäre, daß das furchtbar heruntergewirtschaftete Material inzwischen wieder erneuert und ergänzt ist. Darüber können Jahre vergehen. Wie sonst real denkenden Industriellen rechnen hier also mit mehr als windigen Ziffern. Und die staatlichen Gruben in Oberschlesien und im Ruhrgebiet? Ihre Zahl ist sehr bescheiden. Ihre Rentabilität desgleichen. Mehr noch wird aus den Staatsforsten und Domänen herauszuwirtschaften sein. Aber es bei alledem bis zu einem Betrage von tausend Millionen Goldmark im Jahr zu bringen, erscheint uns, für absehbare Zeit wenigstens, ein Ding der Unmöglichkeit zu sein.

Daraus ergibt sich ganz von selbst eine Revision jener Summen, die die Industrie von sich aus aufzubringen bereit ist. Man wird bei Berechnung der gesamten jährlichen Reparationsziffer von etwa anderthalb Milliarden Goldmark auszugehen haben. Sind die staatlichen Betriebe nun nicht entfernt in der Lage, Ueberschüsse von tausend Millionen Goldmark dafür zur Verfügung zu stellen, so erhöht sich ganz von selbst die Quote, die die privaten Sachwertbesitzer zu tragen haben werden. Die Industrie will 200 Millionen Goldmark im Jahr aufbringen. Vor dem Kriege betrugen allein die Industrieobligationen insgesamt 4,5 Milliarden Goldmark. Die durchschnittliche Verzinsung mit fünf Prozent stellte sich auf 225 Goldmillionen. Diese sämtlichen Obligationen sind heute, der katastrophalen Geldentwertung entsprechend, in ihrem inneren Wert auf etwa ein Zehntausendstel gesunken. Mit anderen Worten: Die Industrie ist dieser Schuldverpflichtungen so gut wie ganz ledig geworden, ohne irgendeine wirklich ins Gewicht fallende Gegenleistung an die Gläubiger getan zu haben. Dasselbe läßt sich von den Hypotheken sagen, die sie auf ihre Grundstücke früher in Goldmark aufgenommen und jetzt mit völlig entwerteter Papiermark zurückgezahlt haben. Die jährlichen 200 Millionen Goldmark, die sie jetzt dem Reiche freiwillig anbieten, stehen also kaum in einem richtigen Verhältnis zu den indirekten Gewinnen, die ihr durch die Geldentwertung zugefallen sind im Gegensatz zu den Rentnern und den sparenden Verbraucherkreisen, die ihr ganzes Kapital durch dieselbe Geldentwertung völlig verloren haben. Sollten die Industriellen

Der neue belgische Reparationsplan.

Jahreszahlungen von rund 2,5 Milliarden Goldmark.

Ausländische Kontrolle deutscher Staatsbetriebe. — Beteiligung der Alliierten an der deutschen Industrie. — „Nach dem Beispiel Oesterreichs."

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 29. Mai.

Der belgische Plan wird vom „Matin" in seinen Grundzügen auseinandergesetzt. Die Belgier glauben, daß **von Deutschland jährliche Minimalzahlungen von 2 400 000 000 Goldmark** durch folgende Mittel zu erreichen seien: 1. In Deutschland sollen Organisationen geschaffen werden, welche für den Verkauf und den Export gewisser Produkte zu sorgen und die Regie der Eisenbahnen und anderer Staatsbetriebe in die Hand zu nehmen haben. Diese Organisationen sollen von **internationalen Syndikaten überwacht** werden, in welchen die Alliierten stark vertreten sind. Es wird ausgerechnet, daß **Monopole und Eisenbahnen, deren Verwaltung auf diese Weise für 60 Jahre organisiert** würde, der Reparationskasse jährlich 1 900 000 000 Goldmark einbringen können. Dazu kämen für 500 Millionen Kohlenlieferungen, was also im ganzen 2 400 000 000 ausmachen könne. Das bedeutet die sechsprozentige Verzinsung einer Summe von **40 Milliarden Goldmark.** 2. Eine weitere Ergänzung der Zahlungen soll durch eine **Beteiligung an den deutschen Industrieunternehmungen bis zur Höhe von 25 Prozent** erreicht werden. Der Ertrag dieser Beteiligung könne erst später berechnet werden. Wenn diese Berechnung möglich ist, könnten internationale Anleihen in Betracht gezogen werden. 3. Die Bedingungen für diese ganzen Organisationen ist die Stabilisierung der Mark und die Regelung des deutschen Budgets. Beides hält Herr Theunis, der als Vorkämpfer dieses Planes gilt, für möglich. Er führt als Argument für seine Auffassung an, daß es der Reichsregierung gelungen sei, den Markkurs zwei Monate lang zu stabilisieren, und daß in der Zeit vom April bis Juli 1922 das deutsche Budget von dem Minister Hermes ins Gleichgewicht gebracht worden war und sogar einen Ueberschuß ergeben hatte. Natürlich müßten die Organisationen gesetzlich gesichert werden, und es müßte auch ein Gesetz geschaffen werden, das, nach dem Beispiel Oesterreichs, den Reichstag verhinderte, diese Entscheidungen zu widerrufen. Das Ruhrgebiet dürfte in diesem Falle dem Reiche als Einnahmequelle nicht entzogen werden. Die Besetzung würde dann nur den Charakter einer Kontrolle für die Lieferungen erhalten, und darüber hinaus eine Drohung für den Fall einer deutschen Zahlungsweigerung bleiben. Die Blockade würde unterdrückt, die Einnahmen gingen wieder an das Reich. Denn Belgien ist der Meinung, daß die Zahlungen aus dem Ruhrgebiet allein nicht ausreichen werden, um die Verpflichtungen Deutschlands zu erfüllen, und daß die Fortsetzung des Druckes auf die Ruhr einen mörderischen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung ganz Deutschlands ausüben müßte.

Der belgische Botschafter ist gestern nachmittag am Quai d'Orsay erschienen, um aufs neue auf die Festsetzung des Datums für die französisch-belgische Aussprache zu drängen. Die belgischen Minister halten diese Aussprache für so dringend, daß sie nicht bis zum Juni warten wollen, wie es der Ministerpräsident Poincaré wünscht. Sie sind bereit, zwei Tage der nächsten Woche für die Begegnung freizumachen und selbst nach Paris zu kommen, falls Poincaré die Reise nach Brüssel durchaus nicht unternehmen will. In diesem Falle müßten allerdings die Parlamentsverhandlungen über die Militärvorlage für diese zwei Tage unterbrochen werden, aber Regierung und Parlament in Belgien wären zu diesem Opfer bereit, um die Begegnung zu ermöglichen. Ueber die Stimmung in Brüssel lauten die Mitteilungen etwas verschieden. Die Regierungspresse betont die treue Bundesgenossenschaft Belgiens und die Bereitwilligkeit der Minister Theunis und Jaspar, sich der französischen These anzuschließen. Die Zeitungen der Opposition und amerikanische Blätter erklären dagegen, man wäre in Brüssel etwas erstaunt über die Eile, mit der Poincaré den Aufschub der Aussprache bis Mitte Juni hätte ankündigen lassen, ohne erst zu fragen, ob auch die Belgier damit einverstanden seien. Ein Korrespondent berichtet Aeußerungen einer belgischen Persönlichkeit, die eine Räumung des Ruhrgebiets für möglich erklärte, falls Deutschland die von Belgien verlangten Garantien annimmt. Es muß dringend davor gewarnt werden, solchen Angaben große Bedeutung beizumessen. Die französische Regierung arbeitet zielbewußt darauf hin, die bekannten Thesen Poincarés durchzusetzen und wird in der Ruhrfrage keine Konzessionen machen, wenn sie nicht einem gemeinsamen Beschluß aller übrigen Verbündeten mit Einschluß Belgiens gegenübersteht. An eine solche Entwicklung ist vorläufig noch nicht zu denken. Immerhin geht aus allen Berichten und aus glaubwürdigen Erklärungen belgischer Politiker hervor, daß die Herren Theunis und Jaspar in voller Uebereinstimmung mit dem Parlament und der Hochfinanz Belgiens dazu entschlossen sind, in kürzester Zeit eine Klarstellung über die französisch-belgischen Reparationspläne durchzusetzen. Was dabei herauskommt, muß abgewartet werden.

Die Politik Baldwins in den europäischen Fragen.

Intensivere Beteiligung. — Der Einfluß Mac Kennas und Lord Robert Cecils.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London**, 29. Mai.

Baldwins Erfolg in der gestrigen konservativen Parteiversammlung sowie sein erstes Auftreten als Premierminister im Unterhaus wird von den Morgenblättern fast allgemein als ein guter Anfang bezeichnet. Die „Times" schreiben, daß das Ergebnis des gestrigen Tages mehr zur Klärung der Atmosphäre beigetragen hätte, als irgend etwas, was sonst in den letzten Monaten geschehen sei. Ein führendes Mitglied der Regierung habe die Ansicht ausgesprochen, daß die völlige Einigung der konservativen Partei innerhalb zweier Monate zu erwarten sei. Nach dem Eintritt Sir Worthington Evans' in das Kabinett und nach Chamberlains Rede im Unterhaus wird man diesen Eindruck bestätigen können. Im übrigen heben die Blätter die Stellen aus der Rede Baldwins im Hotel Cecil hervor, in denen er betonte, daß das britische Weltreich so entwickelt werden könne, daß es unabhängiger dastehe als irgendein Land der Welt, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten. Der Stellungnahme der neuen Regierung zu den Fragen der auswärtigen Politik widmet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" eine eingehende Betrachtung. Baldwins Rede habe gezeigt, daß er die Politik seiner Vorgänger aufrechterhalten wolle. Als Industrie- und Handelsland sei England mehr als ein anderes Land, vielleicht Belgien ausgenommen, an dem Frieden Europas interessiert. Baldwins Rede habe die Notwendigkeit einer baldigen, wenn auch nicht sofortigen Regelung betont. Bezeichnenderweise habe er diese Frage mit der Berufung Mac Kennas verbunden. Dies sei, so schreibt der „Daily Telegraph", von großem Interesse, da Mac Kenna bei der Abfassung des Bonar Lawschen Reparations- und Schuldenplanes vom letzten Januar in gewissen technischen Fragen um Rat gefragt worden sei. Ebenso könne die Berufung Lord Robert Cecils nur den Gedanken nahe legen, daß man bei der Regelung der europäischen Fragen intensiver als bisher beteiligt sein wolle. Indem Baldwin die Dringlichkeit dieser Regelung betonte, habe er angedeutet, daß die Zeit vielleicht gekommen sei, in der sich England aktiver hierbei beteiligen werde, als dies während der letzten sechs Monate wünschenswert gewesen sei. Ungewiß sei noch, auf welche Weise die britische Initiative sich äußern werde, ob in Form verbesserter englischer Pläne, oder ob in Bemerkungen zu dem Ende dieser oder Anfang nächster Woche zu erwartenden deutschen Angebot, oder endlich durch „konstruktive Kritik" des französisch-belgischen Planes. Man nimmt an, daß der Vertrag zur gegenseitigen Sicherung, den Lord Robert Cecil seinerzeit dem Entwaffnungskomitee des Völkerbundes unterbreitet habe, als Grundlage zu einem neuen Plan zur Sicherung Westeuropas verwandt werden würde. Der Pariser Vertreter der „Times" bestätigt, man sei in französischen Kreisen der Ansicht, daß sehr viel von der Haltung der neuen englischen Regierung in bezug auf die Reparations- und Schuldenfrage abhänge und von den Schritten, die Baldwin in dieser Richtung tun werde.

Bei der Abstimmung über die zweite Lesung der Indemnitäts-Bill erhielt die Regierung eine Majorität von 154 Stimmen. Die Lloyd-George-Liberalen haben im letzten Augenblick mit der Regierung gestimmt, was wohl auf die glänzende Rede Lord Robert Cecils zurückzuführen ist.

auch noch auf einer Beseitigung der Ausfuhrabgaben bestehen, so würden ihnen auch auf diesem Wege indirekt erhebliche Goldmillionen von Jahr zu Jahr in den Schoß fallen.

Ein Gleiches läßt sich von der Landwirtschaft sagen. Die agrarischen Schwerbesitzer, die früher fast durchweg bis zum Dachziegel verschuldet waren, haben gleichfalls ihre sämtlichen Hypotheken mit ganz billigem Geld abstoßen können. Die entsetzliche Verschuldung der Landwirtschaft war früher ein Thema, das Jahrzehnte hindurch nicht von der Tagesordnung verschwinden wollte. Jetzt ist die Landwirtschaft so gut wie entschuldet. Wenn man den gesamten landwirtschaftlichen Besitz, sehr vorsichtig, auf bloß dreißig Milliarden Goldmark berechnet, und wenn man annimmt, daß er nur zu sechzig Prozent hypothekarisch belastet war, so kommt man zu einer Ziffer von achtzehn Milliarden Goldmark, die die Landwirtschaft an der Geldentwertung ohneweiteres profitiert hat. Diese achtzehn Milliarden bringen jährlich zu fünf Prozent neunhundert Millionen Goldmark Zinsen. Wenn die Landwirtschaft nun auch ihrerseits zu einer Jahresleistung von zweihundert Millionen Goldmark für Reparationszwecke willens ist, so kann es auch in diesem Falle zweifelhaft sein, ob der Verteilungsschlüssel nicht der Abänderung bedarf. Dazu kommt noch, daß nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft die Landwirtschaft den Konsumenten Monopolpreise diktieren kann, da die Einfuhr agrarischer Produkte nach und nach so kostspielig geworden ist, daß sie in größerem Maßstabe kaum möglich wird.

Nicht ganz so günstig liegen die Verhältnisse beim städtischen Grundbesitz. Wenn auch er, dessen gesamten Wert man, wiederum überaus vorsichtig, auf fünfundzwanzig Milliarden Goldmark einschätzen darf, heute noch rentenlos arbeitet, solange die Zwangsbewirtschaftung im Wohnungswesen besteht, so fällt das doch in demselben Augenblick fort, wo alle Schranken fallen, wie es die Industrie verlangt. Unseres Erachtens muß daher das Problem von einer ganz anderen Seite angefaßt werden, als es die Industrie in ihrem Schreiben an den Reichskanzler tut. Die Einschätzung der Jahreszahlungen hätte nach dem Gesichtspunkte zu erfolgen, wieviel die Besitzer des „unbeweglichen Vermögens" an der rapiden Geldentwertung verdient haben. Selbst wenn man diese Quote nur auf die Hälfte, nur auf ein Drittel berechnet, kommt man zu anderen Schlußfolgerungen über das Schema der Gesamtverteilung, als sie von der Industrie gezogen worden sind.

*

Zum dritten noch einige Worte über das wirtschaftlich-soziale Moment. Die meisten Wünsche die die Industrie für die innere Wirtschaftsreform vorbringt, können wir unterschreiben. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft ist notwendig. Auch der allmähliche Abbau der Außenhandelskontrolle. Ebenso die Einstellung der staatlichen Betriebe auf privatwirtschaftliche Grundsätze. Aber in den Händen des Staates. Das Reich und die Länder können heute weniger denn je bei dem riesig wachsenden Privatkapitalismus, der sich auf das ganze wirtschaftliche und kulturelle Leben der Nation wie ein Alp zu legen droht, auf diese wirtschaftliche Hausmacht als Gegengewicht verzichten. Die quantitative und qualitative Hebung der Produktion endlich wird Gegenstand einer Aussprache zwischen den Organisaionen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein müssen.

Zusammenfassend darf man das Schreiben der Industrie wohl als eine Diskussionsbasis ansehen. Aber alles wird darauf ankommen, einen Schlüssel für die Verteilung der Reparations-Jahresleistungen zu finden, der vor der Wirklichkeit besteht und der dann auch das Aufkommen der Annuitäten tatsächlich garantiert.

Zur Erschießung Schlageters.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München,** 29. Mai.

Zu der Erschießung Schlageters wird der deutschnationalen „München-Augsburger Abendzeitung" folgende Vorgeschichte mitgeteilt, die nachzuprüfen sein wird: „Ein Friedrichshagener Sozialist, der nicht Deutscher ist, hatte von den Absichten Schlageters und des von den Franzosen zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit verurteilten Zimmermann erfahren. Er machte davon dem französischen Zentralbureau in Düsseldorf Mitteilung. Außerdem übersandte er den Franzosen die Photographien der beiden. Daher war es den Franzosen möglich, die beiden Deutschen zu verhaften, als sie in Düsseldorf aus dem Zuge stiegen. Man hat in dem Schreibtisch des Verräters einen französischen Bankbrief gefunden, aus dem diese mitgeteilten Tatsachen hervorgehen. Der Verräter selbst ist flüchtig."

*

Der **Reichskanzler** hat an die Angehörigen des von den Franzosen erschossenen Kaufmanns Schlageter folgendes Telegramm gesandt: „Die kriegsgerichtliche Erschießung des Kaufmanns Schlageter fügt zu den bisherigen zahllosen Gewalttaten der Franzosen an der Ruhr eine neue, die alle bisherigen Frevel noch übertrifft. Schlageter ist ein Opfer seiner Vaterlandsliebe. Das Bewußtsein, daß er sein Leben für das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes eingesetzt hat, wird Ihren großen Schmerz lindern helfen. Ich spreche Ihnen zu dem schweren Verluste mein tiefstes und aufrichtigstes Beileid und die herzlichste Teilnahme der Reichsregierung aus."

Eine Rede des Herrn Millerand.

Frankreichs „Recht, Mäßigkeit und moralisches Uebergewicht!"

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Paris, 29. Mai.

Der Präsident der Republik, Millerand, hat gestern bei einem Bankett in Mülhausen einiges über den Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland gesagt. Seine Worte lauten: „Wille steht gegen Wille. Der Wille Deutschlands ist, seine Schulden nicht zu bezahlen (!); der Wille Frankreichs ist, daß die übernommenen Verpflichtungen eingehalten und die zerstörten Gebiete aufgebaut werden sollen. Seid ohne Furcht, der Wille Frankreichs wird im Frieden siegen, wie er im Kriege siegreich gewesen ist. Heute wie gestern werden Recht und Gerechtigkeit triumphieren. In diesem Streit, der von unserer Seite mit Festigkeit, aber auch mit kluger Mäßigkeit (!) durchgeführt wird, ist außer der materiellen Kraft auch das moralische Uebergewicht auf unserer Seite (! !). Die Lügen unseres Gegners haben eine kurze Zeit lang schlecht informierte Geister überraschen und verwirren können, aber die Zeit arbeitet für Wahrheit und Vernunft. Wenn die französische Republik Bürger nötig hat, die für ihre Absichten Zeugnis vor der Welt ablegen: dann wäret Ihr Elsässer besser als jeder andere geeignet, ein unparteiisches Urteil abzugeben. Denn euer Land war von Deutschland erobert worden, und ist jetzt zu Frankreich zurückgekehrt." (Es verlohnt kaum, diese abgegriffenen Tiraden des Herrn Millerand anders als durch ironische Ausrufungszeichen zu kommentieren. D. Red.)

Rom, 29. Mai.

Der hiesige französische Botschafter Barrère überreichte dem italienischen Kronprinzen das Großkreuz der Ehrenlegion. — In der „Tribuna" schildert Rastignac die ungeheure Gefahr, welche, wie die Engländer heute einsehen, England seitens Frankreichs drohe. Nach der Reise Fochs nach Polen und Le Ronds in die Tschechoslowakei stehe Frankreich furchtbarer als Deutschland jemals da. Dazu komme, daß Frankreich schon heute über eine gewaltige Flotte verfüge, während Deutschland eine solche erst langsam schaffen mußte. Rastignac unterläßt es, aus diesen Feststellungen Folgerungen zu ziehen und hofft nur, daß der Zwiespalt ohne schwere Erschütterung verlaufen möge. — In einer Notiz desselben Blattes heißt es, die Verminderung der Zufuhr an Ruhrkohle nach Italien beruhe auf der Schließung der Verbindungswege durch die Alliierten.

Die Preisregelung in Essen.

Vereinbarungen mit der Kontrollkommission.

Essen, 29. Mai. (W. T. B.)

Zwischen Vertretern der Metzger, der Viehhändler, der Landwirtschaft und einer Kontrollkommission fanden gestern auf dem Schlachthofe Verhandlungen über eine Preisregelung der Fleisch-, Wurst- und Fettwaren statt. Von der Kontrollkommission wurde auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht. Sie erklärte, die Mengen nicht mehr in der Hand halten zu können, wenn in der Preisfestsetzung für die Fleisch- und Wurstwaren kein Entgegenkommen gezeigt werde. Von seiten der Fleischer, der Vertreter der Landwirte und der Viehhändler wurde die Erklärung abgegeben, daß sie bereit seien, angesichts der Lage jedes Entgegenkommen, soweit es wirtschaftlich möglich sei, zu zeigen. Man würde sich damit zufrieden geben, wenn man für die vorhandenen Fleischbestände einzig und allein das bar ausgelegte Geld zurückerhalten würde. Die Metzger und Kleinhändler sind bereit, die Fleisch- und Wurstwaren ohne jeden Gewinn zu einem Preise zu verkaufen, der sich aus dem Einstandspreis und Unkostenzuschlag ergibt. Von der Kontrollkommission wurde angeregt, daß man bei der Preisfestsetzung nicht in einer Form vorgehen könne, durch die die Herausschaffung neuer Waren unfehlbar unterbunden werden würde. Da sich der heutige Antrieb nur auf die Hälfte der Vorwoche beläuft, ist man genötigt, um die Fleischversorgung der Bürgerschaft aufrechtzuerhalten, in größeren Mengen Gefrierfleisch zum Verkauf zu bringen. Auf Grund der von Händlern und Metzgern beigebrachten Unterlagen wurden mit Einverständnis der Kommission die Preise festgesetzt. Der Verkauf erfolgt nur in rationierten Mengen. Die Kommission gab die Erklärung ab, daß sie die Verpflichtung übernehme, für den geregelten und ungestörten Verkauf zu den vereinbarten Preisen zu sorgen. Der Schlachthof wird seit Sonntag nachmittag durch eine kommunistische Hundertschaft bewacht, die auch heute früh Absperrungen vorgenommen hat und die Menge zurückhält.

Der Münchner Hotelsturm vor Gericht.

Die Demonstration gegen die Ententekommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München,** 29. Mai.

Das Amtsgericht Augsburg verurteilte die Kommunisten Beck, Flinspach und Reichenzeller wegen gewaltsamer Sprengung einer nationalsozialistischen Versammlung zu je sechs Monaten Gefängnis. Vier weitere Angeklagte wurden freigesprochen. — Ein anderer Prozeß wegen Landfriedensbruchs nahm vor dem Volksgericht München I seinen Anfang. Es handelt sich um **Erstürmung des Hotels Grünwald** in München, in dem Angestellte der Ententekommission wohnen. Angeklagt sind Leutnant Heines, der die Gruppe Roßbach der nationalsozialistischen Sturmabteilung kommandiert, sowie die Nationalsozialisten Leutnant Ludovici, Mühlbauer, Danninger, Aigner, Schön und Rommel. Die von der Anklage als Rädelsführer bezeichneten beiden nationalsozialistischen Stoßtruppführer Heines und Ludovici behaupteten, daß sie nur „zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung" mitgezogen seien. Der Staatsanwalt hielt ihnen entgegen, daß sie schon bei dem Bahnhofsempfang des von den Franzosen ausgewiesenen Regierungspräsidenten der Pfalz, v. Ehlingenperg, die Absicht einer Demonstration vor dem Hotel kundgegeben und ihren mitangeklagten Parteigenossen Rummel beauftragt hatten, ihnen den Weg dorthin zu zeigen. Auch ist Heines mit seinem Anhang gewaltsam in das Hotel eingedrungen, wo sie im Speisesaal mit Gummiknüppeln und Reitpeitschen alles kurz und klein schlugen und in den Fremdenzimmern nach Franzosen suchten. Dann habe er allerdings die tausendköpfige Menge gemeinsam mit Ludovici durch Ansprachen und Entsendung einer Kommission in das Hotel zu beruhigen gesucht, was indessen die nachfolgende Zerstörung des Kaffeehauses Hungaria durch den Pöbel nicht mehr verhinderte. Die Zeugenaussagen ergaben kein klares Bild darüber, wie weit die einzelnen Angeklagten an den Zertrümmern und Plünderungen beteiligt waren. Zur Sprache kam, daß die Polizeidirektion schon vormittags telephonisch durch ein führendes Mitglied der nationalsozialistischen Partei auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht wurde. Festgestellt wurde ferner, daß der Besitzer des Hotels Grünwald den bei ihm logierenden Angestellten der Ententemission gekündigt und mit seiner Klage auf Räumung beim Amtsgericht und Landgericht durchgedrungen war. Da jedoch das Reichsvermögensamt daraufhin die betreffenden Zimmer beschlagnahmte, mußte er die Ententeangestellten weiter wohnen lassen.

In einer zweiten Verhandlung vor dem Volksgericht wurde ein Student, der in einem öffentlichen Lokal ironische Bemerkungen über die Republik und den Reichspräsidenten gemacht hatte, freigesprochen.

Weimar.

Die Tagung der Goethe-Gesellschaft.

Von [Nachdruck verboten.]

Fritz Engel.

Zuerst einem satanischen Druckfehler den Stachel ausgezogen: Der neu beschlossene Beitrag ist nicht 100 000, sondern 10 000, in Buchstaben zehntausend Mark. Für ein ganzes Jahr. Ein einziges Mittagessen auf Reisen kostet eher mehr als weniger.

*

Die Tagung verlief friedlich oder, wie gesagt wurde, „harmonisch". Das hatte seine guten Gründe. Die Franzosen stehen tief im deutschen Land mit allen Marterinstrumenten, körperlichen und seelischen. In jede Rede, in jedes Gefühl schlug der Gestank der Schwefelflamme, die dort von Haß und Raubgier entzündet ist. Ohne Verabredung, weil selbstverständlich, war Burgfrieden proklamiert worden. Er wurde nur durch den von älteren Damen sehr geschätzten Dichter Friedrich Lienhard gestört. Nein, er wurde nicht gestört. Es war nur ein täppischer Versuch. Herr Lienhard, dem man als Elsässer gern alle Sympathien zuwenden möchte, hatte dicht vor der Tagung in einer Zeitschrift standaliert, natürlich gegen die „Berliner", die immer unzufrieden sind, die schlechten Kerle. Der Gefahr einer persönlichen Auseinandersetzung wich er durch eine dringende Reise aus; nach Drückeberg. So wurde, was seiner nicht unbeträchtlichen Eitelkeit wiederum kaum angenehm sein wird, überhaupt nicht von ihm gesprochen.

Herr Lienhard, der früher großartige Reformpläne entwickelte und darum ein Bundesgenosse derer zu sein schien, denen das Blut der Goethe-Gesellschaft zu träge rollte, ist im vorigen Jahr in den Vorstand gewählt worden. Das Amt hat ihn erfichtlich mehr gelähmt als beflügelt; so etwas kommt vor. In seinem Aufsatz wendet er sich auch gegen diejenigen, die Hugo v. Hofmannsthal für einen deutschen Dichter oder für einen „echt deutschen" halten. Der seiner Wiegenstätte beraubte Elsässer spricht dem Oesterreicher das Deutschtum ab. Das wäre lustig, nicht wahr, wenn es nicht des Neides häßlich-gelbe Farbe trüge. Und nun fordert derselbe Vorstand, dem Herr Lienhard angehört, Hugo v. Hofmannsthal auf, den Festvortrag zu übernehmen. Noch mehr. Hofmannsthal soll in den Vorstand zugewählt werden. Und der Präsident des Vorstandes heißt Gustav Roethe. Hofmannsthal lehnt ab, den einen wie den anderen Ruf, und unser Gustav Roethe teilt den Briefwechsel, der darüber entstanden ist, andeutend mit, und spricht geradezu zärtlich von dem Wiener. Fast, daß eine Träne ihm im Auge glänzt. Er ist überhaupt, Gustav Roethe, voll Güte, Milde und Rücksicht und voll kluger Reserve. Seine, wie niemals bestritten, kraftvolle Beredsamkeit, die Eloquenz mit Mund und Händen, die beinahe nicht „deutsch" wirkt, sondern eher, was der Himmel ihr verzeihen möge, „welsch", temperamentvoll oder jüdisch-lebhaft, dieser immer frei und sicher strömende Wortsprudel weicht jeder Entgleisung ins eigentlich Rothische aus. Daß er Goethes Glauben an die Macht und Uebermacht der Persönlichkeit hervorhebt, ist sein Recht, weil er nur die Wahrheit sagt. Aber er versucht nicht, den Dichter für eine Partei festzulegen. Er hielt sich nur an den „Dichter" — und das war gut.

Der Geist der Neutralität, den wir neben einigem anderen Geist für die Goethe-Gesellschaft begehren, hatte den Oberton; Untertöne wurden nur für sehr feine Ohren hörbar. Aber viel wichtiger ist, daß dieser Vorstand, dieser Roethe, überhaupt den nicht unbedenklichen Hofmannsthal heranzuziehen, sich, wie Lessing gesagt hätte, nicht hat entbrechen können. Daß er den höchst suspekten Gerhart Hauptmann zum sechzigsten Geburtstag beglückwünscht hat, mit Wort und Adresse. Daß überhaupt Bewegung in die Gesellschaft gekommen; daß der Verstand öfter und emsiger arbeitet; daß man in der Verwaltung wenigstens etwas Jugend spürt, Jugend, die doch schon Reife und Erfahrung hat — wie sie besonders durch den Leipziger Insel-Professor Kippenberg vertreten ist; daß das Ortsgruppensystem sich einbürgert; daß auch der festliche Teil der Zusammenkunft reichere Pulse zeigt. Wie schön waren die Goethe-Lieder Schuberts und Hugo Wolfs aus dem Munde der Sängerin Signe Becker, wie geistdurchsonnt die Tischrede des niemals alten Professors Max Friedländer! Dies alles ist dem Vorstand zu danken, natürlich. Nicht auch ein wenig der scheußlichen Opposition? Nie habe ich stärker als bei dieser Gelegenheit erfahren, daß Opposition sein muß, unbedingt und unweigerlich. Sie ist der wahrhaft gottgewollte Zukunftstrieb des schon Bestehenden, sie ist die Fackel, deren das dürre Holz bedarf, damit es brenne. Wir Berliner rechnen es uns zur Ehre an, daß wir die Fackel geschwungen haben, und wir werden sie, wenn es nötig ist, von neuem schwingen. Aber bescheiden, wie wir sein sollen, stellen wir auch fest, daß die Opposition vor fünf oder sechs Jahren bereits von München ausgegangen ist, von dem Professor Friedrich v. d. Leyen. Man achtete ihrer nicht. Es war ja alles gut und schön, weil es eben „war", und Herr v. Rheinbaben, der durch einen unerforschlichen Ratschluß Präsident geworden, hat vor der Höhle des Gewesenen immer wie ein Drache gelegen.

Es war auch erfreulich, zu hören, wieviel opferbereite und verständnisvolle Menschen den Goethe-Sammlungen, dem Nationalmuseum und dem Goethe-Schiller-Archiv, ihre wirkende Teilnahme schenken. Man hört Namen wie Justine Rodenberg, Franz v. Mendelssohn, Heinrich Emden (Frankfurt a. M.), K. E. Henrici, Arnhold, James Simon. Die Männer, denen Professor Roethe als Politiker nahesteht, und deren unverantwortliches und für Deutschlands Zukunft gefährliches Geschwätz er gelegentlich unterstreicht, finden sich nicht. Hat Hitler, haben Wulle oder Kunze Schiller-Briefe davor bewahrt, ins Ausland verkauft zu werden? Ein Gedanke, um sich totzulachen.

Unter Rheinbaben war auch die wahnwitzige Vorstellung entstanden, „wir Berliner" wollten Weimar nach Berlin verpflanzen. Die Herren hatten keine Ahnung, wie sehr wir Weimar lieben; mit welcher Gläubigkeit wir nach Mekka pilgern und nur verärgert waren, wenn der schwarze Stein in der Kaaba eben nichts als Versteinerung war. Wie wir alles, alles wunderschön finden, wie der Flieder und der Rotdorn uns dort noch lieblicher dünken als anderswo, der Vogelsang noch melodischer, und wie wir den Mond suchen, als wären wir verzückte Nachtwandler. Und das sind wir auch, selbst am Tage, und wenn es Strippen regnet, finden wir auch das noch geradezu himmlisch schön — in Weimar.

Nur ungern taucht man aus dieser Stimmung ins Wirkliche und Sorgenvolle. Ist die Zukunft des Archivs gesichert? Wird die Witwe des Großherzogs Wilhelm Ernst, an dessen Bild nun viel herumretouchiert wird, willens und in der Lage sein, dieses Institut weiter zu erhalten? Wird der Staat Thüringen seiner Hauptstadt Weimar, wird das Reich dem Ort, der die Verfassung der Republik erstehen sah, beispringen, um nicht ihm allein, sondern Deutschland und der Welt die herrliche Schatzkammer zu sichern und zu mehren?

Auch um das Nationaltheater wird heftig gestritten; der Generalintendant Ernst Hardt sieht sich einer sehr gemischten Front gegenüber. Ich besuchte zwei Vorstellungen, „Stella" und „Hamlet". „Hamlet" hat ein hervorragend schönes Bühnenbild (das Schauspiel im Schauspiel), die Aufführung ist etwas steif und akademisch. „Stella" (halten zu Gnaden, ein unmögliches Drama, mit welchem Schluß auch immer) wurde sehr fein als vornehmes Kammerspiel gespielt. Hardt ist ein Mann von Kopf und Herz und einigem Trotz. Das eine wie das andere macht ihn sympathisch. Viele reden ihm herein, und das fordert auf, ihm zu sekundieren. Einer seiner Kritiker, und zwar der vom einflußreichsten Blatte, ist mit einer Schauspielerin verheiratet. Also ein Mann urteilt dauernd über ein Theater, an dem die eigene Frau angestellt ist. Dieser Zustand dauert nun schon seit Jahren und ist darum erst recht unerträglich. Wenn einige Weimaraner rufen: „Fort mit Hardt!", so müßten auch Nicht-Weimaraner, denen die Sauberkeit des öffentlichen Urteils am Herzen liegt, rufen dürfen: „Erst fort mit dem Zustand!"

Theaterchronik. Agnes Straub und Gerda Müller wurden für einen Teil der nächsten Spielzeit dem Lessing-Theater verpflichtet.

Im Deutschen Theater findet Mittwoch, 30. d. M., die letzte Aufführung von Beer-Hofmanns „Grafen von Charolais" (mit Moissi in der Titelrolle) in dieser Spielzeit statt. Donnerstag, 31. d. M., tritt Moissi zum letzten Male als Oswald in Ibsens „Gespenstern" auf. Die Frau Alving wird von Frau Eysoldt, Pastor Manders von Ferdinand Gregori, Engstrand von Robert Garrison und die Regine von Johanna Terwin dargestellt. Mit dieser Aufführung beschließt das Deutsche Theater seine diesjährige Spielzeit.

Frankreich als Helfer der Kommunisten.

Die wahren Absichten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 29. Mai.

Einige französische Zeitungen zeigten eine etwa künstliche Entrüstung über die deutsche Auffassung, daß die Unruhen im Ruhrgebiet von Frankreich unterstützt sein könnten. Man braucht aber nur die täglichen Berichte und die ergänzenden Kommentare zu lesen, um zu erkennen, daß die französische Politik auf die Wirkung der aufständischen Bewegung nicht bloß rechnet, sondern schon darauf vorbereitet ist, die Erbschaft dieser Bewegung anzutreten, wenn die Stunde gekommen ist. Die Berechnung ist einfach. Die Unruhen sind entstanden, „weil die Reichsregierung die Unterstützung des passiven Widerstandes durch Geldsendungen und Lebensmitteltransporte nicht länger durchführen kann." Die Lebensmittel reichen nicht aus, „weil das unbesetzte Deutschland die Folgen der Blockade zu spüren beginnt"; der Banknotendruck wird gleichzeitig in unerhörter Weise gesteigert, „weil die methodische Beschlagnahme von Milliarden Papiergeldes im besetzten Gebiet dem Reich die materielle Unterstützung aus lokalen Mitteln verhindert" und deshalb die Herstellung immer neuer Geldscheine erzwinge. Während also die Lebensmittel immer teurer werden, „wächst auch täglich in unaufhaltbarer Steigerung die Inflation". Der Zusammenbruch sei unvermeidlich. Das besetzte Gebiet werde bald der Einwirkung des Reiches entzogen sein und wahrscheinlich zunächst einmal in eine kommunistische Arbeiterrepublik umgewandelt werden. Ist es erst einmal so weit — und es gibt Franzosen, welche diese Entwicklung nach wenigen Wochen berechnen! — dann hat Frankreich, vereint mit Belgien, die Aufgabe, in der besetzten Zone Ordnung zu schaffen und die Verwaltung „provisorisch" in eigene Hände zu nehmen. Ein neues „gesundes" Geld müsse dann geschaffen, Lebensmittel für die Bevölkerung herangeschafft, der Ordnungsdienst organisiert werden, und die Arbeit könne danach wieder beginnen. Denn die Arbeiter, die „vom Reich verlassen und von den Franzosen gerettet sind", werden dann die Hilfe bei der Ausbeutung der Zechen nicht mehr verweigern. Die Arbeiterrepublik, die „nach deutscher Meinung" vielleicht England erschrecken und zum Eingreifen veranlassen könnte, werde nur ein Uebergang zu dem Erfolge Frankreichs gewesen sein. Auf diese Entwicklung müsse die Regierung sich vorbereiten, damit sie die rechte Stunde nicht verfäume. Dieser Plan ist nicht eine haltlose Kombination, sondern er findet sich, wie er hier geschildert ist, in der französischen Presse auseinandergesetzt. Die Besatzungstruppen lassen zunächst die Aufständischen für die Zwecke Frankreichs arbeiten, um sie dann, wenn ihr Werk geschehen ist, zu unterdrücken und sich als die „Retter des Landes" an ihrer Stelle zu installieren.

Der Kampf gegen die deutsche Verwaltung.

Verhaftung Dr. Butterbecks.

Düsseldorf, 29. Mai. (W. T. B.)

Der Vertreter des Regierungspräsidenten, Oberregierungsrat Dr. Lutterbeck, ist von den Franzosen in seiner Wohnung in Düsseldorf verhaftet und in das Gefängnis Derendorf gebracht worden. Oberregierungsrat Hentze hat seine Geschäfte übernommen und gegen die Verhaftung bei der Besatzungsbehörde schriftlichen Protest eingelegt, da es sich bei dieser Maßnahme um einen unberechtigten Eingriff der Franzosen in die deutsche Verwaltungstätigkeit handle.

Die Beschlagnahme der Essener Milliarden.

Eine Abordnung an Degoutte.

Essen, 29. Mai. (W. T. B.)

Um die von den Franzosen in der Reichsbank beschlagnahmten 95 Milliarden Mark frei zu bekommen, begab sich heute morgen eine Abordnung, die aus Reichsbankdirektor Pecold, Beigeordneter Seipel und Dr. Richter sowie Vertretern der drei Spitzengewerkschaften bestand, nach Bredeney, um mit General Jaquemot zu verhandeln. Anscheinend ist die Abordnung an General Degoutte verwiesen worden. Sie begab sich nach kurzer Zeit in das Hauptquartier nach Düsseldorf.

L. S. In der Staatsoper gab Marie Gutheil-Schoder als zweite Gastrolle die Martha in d'Alberts „Tiefland". Den gesanglichen Anforderungen der Partie vermochte sie, wie zu erwarten war, nicht zu genügen (obwohl im Piano manches gut klang und musikalisch alles sehr sauber und deutlich herauskam), und — seltsam — die geniale Darstellerin vergriff sich auch in der äußeren Gestaltung, in Kostüm und Coiffüre. Mit ihrem grünsamtenen Kleide und dem reichen Haarschmuck schritt sie, einer Prinzessin gleich, zwischen den anderen, nicht als das Proletarierkind, die bäuerische Schönheit, die sie selbst im Hochzeitsstaat noch sein soll. Daß man es vergaß, daß man sehr bald ganz in ihren Bann geriet, ist wohl das stärkste Zeugnis für ihre Künstlerschaft. Diese Sängerin erschließt uns das Innere der Gestalt. Alles ist bei Frau Schoder erlebt, erschaffen, nichts nach der Schablone gezeichnet. Ihre Martha ist nicht die leidende Südländerin, die man gewöhnlich zu sehen bekommt. Bezeichnend dafür, wie sie das „Machst du immer solche Scherze?" nicht hart und unwirsch, sondern voll mitleidigen Erstaunens singt. Sie ist das temperamentvoll leidende, in seinem Stolz gebrochene Weib, von dem man begreift, daß es in der aufflammenden Liebe zu Pedro sein Letztes, seine Erlösung sieht. Die von Anfang an milde Zeichnung macht das Folgende glaubhaft und vermeidet den Bruch zwischen der Martha des ersten und des zweiten Aktes; in feinen Uebergängen vollzieht sich die Wandlung. Ergreifend in ihrer Schlichtheit ist die Lebensbeichte vor Tomaso; in den wenigen Worten „Zum erstenmal sprach einer gut zu mir" liegt der Schlüssel für das sonst unsympathische Verhältnis zu Sebastiano. So bringt die Schoder uns die Figur menschlich näher, und wenn am Ende Pedro sie in seine Arme schließt, tritt an die Stelle theatralischer Leidenschaft eine unsäglich liebliche Verklärtheit.

Lebhafter Beifall dankte der Wiener Gastin nach beiden Akten. Aber das war eigentlich wenig, denn man hatte etwas Außergewöhnliches erlebt. Ich gestehe, daß ich seit langem nicht einen solchen Eindruck von der Bühne empfangen habe. — Auch die Huri war mit einem Gast besetzt. Ein Fräulein Redsträtter gab sie, reichlich geziert und unmusikalisch. Martin Abendroth als Tomaso ließ an ruhigen Stellen einen bemerkenswerten Baß erklingen.

Vortragsabende. In Rothgiehers Bücherhalle, Anhaltstraße 6, wird im Rahmen der Scheerbart-Ausstellung der Vortrag von Hanns Heinz Ewers am 30. Mai, abends 8 Uhr, wiederholt. Eberhard Buchner spricht wieder die einleitenden Worte. Neugewonnen ist der Rezitator Meinhart Maur. Der Ertrag aus dem Verkauf des literarischen und künstlerischen Nachlasses wird ungekürzt an die Witwe Scheerbarts abgeführt. Die Vortragenden haben sich ebenfalls unentgeltlich in den Dienst der guten Sache gestellt. Eintritt frei.

Die Familie Waldeck Manaße bittet uns, ihren Dank den vielen Freunden und Verehrern des verstorbenen Abgeordneten und Schriftstellers zu vermitteln, die bei seinem Heimgang ihrer Teilnahme Ausdruck gegeben haben.

Die Ursachen des neuen Marksturzes.

Die Stützungsaktion vor dem Untersuchungsausschuß.

Referat des Staatssekretärs Schröder.

Der auf Antrag der Sozialdemokraten vom Reichstag eingesetzte Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Wirkung der Maßnahmen zur Stützung der Mark trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Lange-Hegermann (Zentrum) zu seiner ersten Sitzung zusammen. Dem Ausschuß gehören ferner an die Abgeordneten Dr. Helfferich (Deutschnat. Vp.), Dauch (D. Vp.), Dr. Dernburg (Dem.), Imminger (Bayer. Vp.), Dr. Hertz (Soz.), Robert Schmidt (Soz.) und Fröhlich (Komm.) Die Ausschußmitglieder waren sämtlich anwesend. Die Regierung war zunächst nur durch einige Kommissare vertreten. Der Vorsitzende erklärte, daß im Kreise des Ausschusses Bedenken über die Zulassung der Oeffentlichkeit entstanden seien und der Ausschuß beriet deshalb zunächst in Abwesenheit der Presse über die Frage, wie weit er seine Verhandlungen öffentlich führen will. Der Ausschuß kam zu dem Beschluß, daß die Verhandlungen zunächst öffentlich sein sollen, daß aber am Schluß jeder Sitzung der Ausschuß auf Grund des für den nächsten Sitzungstag in Aussicht genommenen Beratungsmaterials von neuem über die Zulassung der Oeffentlichkeit beschließen soll. Für heute steht im weiteren Verlauf der Verhandlungen die Anhörung des Reichsbankpräsidenten v. Havenstein in Aussicht.

Lange-Hegermann teilt mit, daß er den Wirtschaftsminister Dr. Becker und den Finanzminister Dr. Hermes gebeten habe, Unterlagen zur Prüfung der Frage zu beschaffen, die den Ausschuß beschäftigen soll. Diese Unterlagen liegen bereits vor, weitere sollen noch durch Referate der Staatssekretäre Dr. Schröder und Trendelenburg gegeben werden, damit der Ausschuß einen Ueberblick über die Gesamtverhältnisse bekommt und seine Verhandlungen darauf aufbauen kann.

Staatssekretär **Schröder** vom Reichsfinanzministerium erstattete dann sein Referat. Als nach dem Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet, so führt der Staatssekretär aus, der Dollarkurs stark anstieg, trat die Reichsregierung alsbald in Erwägungen ein, darüber, mit welchen Mitteln dem entgegengewirkt werden könne. Denn es war von vornherein klar, daß eines der wichtigsten Abwehrmittel in dem Kampfe gegen den Einbruch der Franzosen und Belgier der Versuch sein würde, die Kosten der Lebenshaltung in Deutschland einigermaßen in gleicher Höhe zu halten wie bisher, und daß durch eine Steigerung der gesamten Lebenshaltungskosten der Widerstand gegen die Ruhraktion geschwächt werden würde. Es war von vornherein klar, daß man eine solche Aktion nicht allein mit finanz- und börsentechnischen Maßnahmen machen könnte, sondern daß man an verschiedenen Stellen anpacken mußte. Die beiden Mittel, die in Frage kamen, waren einmal eine Einschränkung der Gewährung von Krediten, um dadurch diejenigen, die sich noch im Besitze von Devisen befanden, zu veranlassen, diese Devisen der Reichsbank zur Verfügung zu stellen, und zweitens ein technisches Eingreifen durch den Verkauf von Devisen am Markte, und zwar sowohl an den deutschen Börsen wie an den ausländischen. In dieser Weise ist dann auch die Operation eingeleitet worden, und zwar in ständiger Fühlung zwischen der Reichsbank und der Reichsregierung. Für die Ausführung der Aktion, soweit sie sich an den Börsen abspielte, war selbstverständlich die Reichsbank die zuständige Stelle; sie hat dabei mit dem Finanz- und Wirtschaftsministerium ständig Fühlung gehalten. Die Aktion hat ja denn auch den Erfolg gehabt, daß längere Zeit hindurch, von Anfang Februar bis Mitte April, also beinahe drei Monate, der Dollarkurs auf einem Niveau von 20 000 bis 22 000 gehalten worden ist.

Es wäre vielleicht möglich gewesen, mit technischen Mitteln den Dollarkurs auch noch etwas weiter zu drücken. Dann trat aber auch schon sehr stark die Erwägung in den Vordergrund: **Ist es für eine Weiterfortführung unserer Wirtschaft erträglich und nützlich, den Dollar unter ein gewisses Niveau herunterzudrücken?** Und ist dann nicht für die Industrie, besonders für den Export, eine zu große Schwierigkeit aufgerichtet? Die Exportindustrie hat ja auf dem Standpunkt gestanden, daß schon mit einem Kurse von 20 000 Nachteile für ihre Arbeit verbunden seien. Natürlich konnte es sich bei der ganzen Aktion nicht bereits um eine Stabilisierung handeln. Die ganze Maßnahme stand natürlich nicht im Zeichen der Währungspolitik, sondern es handelte sich um eine Kriegsmaßnahme. Um die Kredite der Reichsbank für die Aktion zu stärken, hat die Regierung dann die Ihnen bekannte **Anleihe in Dollarschatzanweisungen** aufgelegt. Diese war deswegen nicht in Papiermark, sondern in Devisen einzuzahlen, weil sie den ausgesprochenen Zweck hatte, die Devisenbestände der Reichsbank für diese Aktion zu stärken. Nicht dagegen war der Zweck, eine wertbeständige Anleihe aufzulegen.

Die Aktion der Reichsbank hatte, wie gesagt, den Erfolg, daß der Kurs des Dollar ungefähr auf einem Niveau von 20 000 bis 22 000 etwa drei Monate hindurch gehalten wurde. Ich darf jetzt sagen, daß das für uns ein Ergebnis war, mit dem man nach den Ueberlegungen, die wir am Anfang der Aktion angestellt hatten, durchaus zufrieden sein konnte. **Wir hatten nicht gedacht, daß wir mit den Mitteln, die zur Verfügung standen, drei Monate würden aushalten können.**

Inzwischen machte sich in immer wachsendem Maße die Tatsache geltend, daß **unsere Handels- und Zahlungsbilanz stark passiv** ist und der Bedarf an Devisen für die deutsche Wirtschaft stark; über das hinausgeht: was die Wirtschaft an Devisen durch den Export produziert. Infolgedessen wurde es für die Reichsbank immer schwieriger, einzugreifen, insbesondere als der geringe Erfolg der Dollarschatzanweisungen uns nicht die Mittel brachte, auf die man gehofft hatte, und dadurch zugleich der Oeffentlichkeit gezeigt wurde, daß diese Mittel der Regierung nicht in dem erwarteten Umfange zugeflossen waren. Infolgedessen mußten wir uns überlegen: Was ist zweckmäßiger? Soll man in derselben Weise fortfahren wie bisher, daß die Reichsbank versucht, einigermaßen den erreichten Kurs festzuhalten, oder würde eine solche Methode zu starke Mittel in Anspruch nehmen und dadurch ein vorzeitiges Ende aller Möglichkeiten herbeiführen? Man mußte sich vollständig darüber klar sein, daß mit langen Zeiträumen gerechnet werden mußte. Es war nicht richtig, zu sagen: Wir brauchen nur kurze Zeit, nachher können wir überzeugt sein, daß ein Eingreifen nicht mehr nötig ist. Es mußte deswegen überlegt werden: **Wie hält man sich am besten auch für eine lange Aktion das Pulver trocken?**

Deswegen hat man sich, als der Ansturm am Devisenmarkt immer größer wurde, entschlossen, den Kurs nicht mehr unter allen Umständen zu halten, sondern dem Ansturm nachzugeben, um an anderen Tagen später mit stärkeren Mitteln einzugreifen. Als dann am 17. oder 18. April der Ansturm nun doch so stark wurde, daß die Reichsbank mit ihren Mitteln nicht weiter halten konnte, ist dann das eingetreten, was Ihnen allen bekannt ist.

Zum Schluß macht der Staatssekretär die Mitteilung, daß auf Grund de rneuen Devisenverordnung bereits eine Reihe von Schreiben an eine Anzahl von Banken und sonstigen Firmen ergangen sei, um festzustellen, wieviel Devisen sie gerade in den letzten Tagen gekauft haben und zu welchem Zweck diese verwendet worden sind.

Die Streiklage etwas gebessert.

Vom „Sicherheitsdienst" grundlos niedergeschossen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

 # Im Ruhrgebiet, 29. Mai.

Die Streiklage im Dortmunder Bezirk hat sich heute ebenso wie im Bochumer Bezirk gebessert. Die kommunistischen Ausschreitungen haben etwas nachgelassen; der Leitung der Aktion scheinen bezüglich der Folgen Bedenken gekommen zu sein, wahrscheinlich ist von der Zentrale der kommunistischen Partei eine Warnung eingetroffen. Andererseits aber ist es auch gelungen, zahlreiche Führer zu verhaften. Ein Stab der Hundertschaften, der im Landkreis Dortmund die Unruhen leitete, wurde von der Lünener Kriminalpolizei in Lünen-Süd verhaftet. Unter dem Schutz von acht Genossen war einer der Führer mit Agitationsmaterial versehen im Begriff, seinen Weg zu neuen Taten anzutreten. Um sein eigenes Leben zu schützen, hatte er zwei seiner Genossen mit Schußwaffen versehen. Mit diesen drei nahm man noch zwei Radelsführer und zwei Radfahrer, die Kurierdienste leisteten fest. Bei einem Jugendlichen wurden Dum-Dum-Geschosse gefunden.

Im Bochumer Bezirk wurde die Arbeit wieder in erhöhtem Maße aufgenommen. Im Landkreis Hörde dauert der Streik trotz täglich zunehmender Arbeitswilligkeit aus Furcht vor kommunistischen Terrorakten weiter an, während sich der Streik im Recklinghausener Bezirk weiter ausgedehnt hat. In Gelsenkirchen ist der Streik noch allgemein.

Im mittleren Industriegebiet, namentlich in Gelsenkirchen, war der Streik heute vormittag noch ziemlich allgemein. Die Belegschaft auch nicht einer Zeche ist eingefahren. Vor den Zechentoren stehen Streikposten. Die heutigen Lohnauszahlungen gingen ruhig vor sich. Auf der Wiese in Gelsenkirchen fand eine Massenversammlung der Bergarbeiter statt, in der über das Ergebnis der Lohnverhandlungen Bericht erstattet wurde. Ueber die Neuregelung der Bergarbeiterlöhne herrscht allgemeine Unzufriedenheit, die in der Hauptsache auf die andauernde kommunistische Hetze zurückzuführen ist. Endgültige Beschlüsse über die Fortdauer des Streiks in diesem Gebiet wurden heute vormittag nicht gefaßt. Heute nachmittag finden erneut Massenversammlungen in Gelsenkirchen statt. Die Stadt wimmelt von Streikenden. Zu Zwischenfällen ist es bis in den Mittagsstunden noch nicht gekommen.

Bochum, 29. Mai. (W. T. B.)

Am Gußstahlbahnhof ist in den frühen Morgenstunden von einer mit roten Armbinden versehenen kommunistischen Patrouille ein Straßenpassant angehalten und ohne Wortwechsel erschossen worden. Der Erschossene ist ein Former aus Bochum. — Die Blätternachrichten, daß im Ruhrgebiet zwei Millionen Bergarbeiter streiken, sind unrichtig, da im ganzen Ruhrgebiet nur etwas über 300 000 Bergarbeiter beschäftigt sind.

Allerlei Zwischenfälle.

Essen, 29. Mai. (W. T. B.)

Am 26. Mai gegen ½10 Uhr abends warfen mehrere Leute, die dem Alkohol allzureichlich zugesprochen hatten, in einer Wirtschaft an der Essener Straße in Stoppenberg eine Fensterscheibe ein, weil der Wirt ihnen die Abgabe einer Flasche Branntwein verweigerte. In einem Zimmer der Wirtschaft befanden sich während des Vorfalles fünf bis sechs französische Offiziere. Sie griffen sofort nach ihren Schußwaffen und schossen auf die Täter. Außerdem wurden aus der naheliegenden Schule Soldaten herbeigerufen, die die Täter verfolgten. Bei dem Vorfall wurde eine bisher noch unbekannte Person getötet, ferner wurde ein Arbeiter durch einen Kopfschuß und ein anderer Arbeiter durch einen Oberschenkelschuß schwer verletzt. Die beiden Verletzten wurden dem Krankenhaus in Stoppenberg zugeführt. Von den Franzosen wurde niemand verletzt. Im Anschluß an diesen Vorfall wurden von der Besatzungsbehörde 20 bis 25 Personen festgenommen. Die Untersuchung ist eingeleitet. — In der Nähe der Zeche Bonifacius ist eine Zivilperson von einem französischen Posten erschossen worden. Nach den bisherigen Ermittlungen handelt es sich um den Bergmann Friedrich Czichowski aus Kray. Einzelheiten fehlen noch.

Das Oppauer Werk besetzt.

Mannheim, 29. Mai. (W. T. B.)

Das Oppauer Werk der Badischen Anilin- und Sodafabrik ist heute früh von den Franzosen besetzt worden. Der Betrieb ist stillgelegt.

Eine Interpellation zu den Ruhrunruhen.

Eine Anfrage der Deutschen Volkspartei.

Aus Anlaß der Vorgänge im Ruhrrevier haben die Abgeordneten D. Dr. v. Campe und Dr. Kalle zugleich im Namen aller übrigen Mitglieder der Fraktion folgende große Anfrage im preußischen Landtag eingebracht: „In Gelsenkirchen und anderen Orten des Ruhrgebiets sind gefährliche Unruhen ausgebrochen. Was hat die Staatsregierung getan, um dem Ausbruch dieser Unruhen vorzubeugen? Was ist geschehen, und was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um ähnliche Unruhen unmöglich zu machen, oder doch im Keime zu ersticken?"

Die Krawalle in Dresden.

Keine Todesopfer.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Dresden, 29. Mai.

Die in einigen Blättern verbreitete Nachricht, daß es bei den gestrigen Krawallen in Dresden einige Tote gegeben habe, bestätigt sich laut amtlicher Mitteilung des Polizeipräsidiums nicht. Es sind nur verschiedene Demonstranten, die auf dem Wiener Platz am Hauptbahnhof mit Steinen auf Passanten warfen und sich mit Zaunlatten bewaffneten, durch Gummiknüppelschläge verwundet worden. Auch mehrere Schutzleute sind durch Messerstiche und Steinwürfe verletzt. Die Arbeitslosen haben auch eine Waffenhandlung geplündert und sind dadurch in den Besitz einiger Schußwaffen gelangt. Sie haben mehrere blinde Schüsse abgegeben. Gestern abend um 10 Uhr wurde auf Veranlassung des Polizeipräsidiums der gesamte Straßenbahnverkehr lahmgelegt.

* Im österreichischen Generalkonsulat zu München kam es, wie unser □-Korrespondent meldet, zu einer **Demonstration österreichischer Kriegsbeschädigter,** die gegen die Auflösung der Rentenabteilung beim Konsulat protestierten. Generalkonsul Dr. Günther versprach einer Abordnung der Kriegsbeschädigten, sich für sie bei der Wiener Bundesregierung einzusetzen, worauf der Vorsitzende der Vereinigung österreichischer Kriegsbeschädigter in Bayern, Mandl, die Demonstranten zum Abzug bewog. Diese entfernten sich mit der Drohung, bei Nichterfüllung ihrer Forderungen wieder zu kommen und das Konsulat besetzt zu halten, bis ihnen ihr Recht geworden sei.

Die Bedrohung Danzigs durch Polen.

Tendenziöse französische Berichte.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 29. Mai.

Der Sonderberichterstatter des „Journal", Henry de Corab, hat von Berlin aus eine Reise nach Schlesien und Polen unternommen und weilt jetzt in Danzig. Er berichtet, daß an der schlesischen Grenze die Selbstschutzorganisationen beständig in Reibung mit den Polen seien. Die Selbstschutzleute von Oppeln hätten erst vor kurzem 25 polnische Arbeiter festgehalten, die über die Grenze gekommen seien, um ihre Arbeitsstätten zu erreichen. Die Polizei hätte sich Mühe gegeben, die Gefangenen freizumachen, aber weder die lokalen Behörden, noch die Regierung vermöchten etwas gegen den Selbstschutz zu tun. In Warschau ist dem Franzosen gesagt worden, daß die deutsche nationalistische Bewegung an der Grenze wieder aufgelebt sei und anscheinend nach einem bestimmten Plan vorgehe. Da Deutschland im Ruhrgebiet machtlos sei, versuche es, im Osten Konflikte zu stiften, in Schlesien ebenso wie in Danzig. Ueber Danzig müsse jetzt Klarheit geschaffen werden. Die Berliner Gerüchte, daß Danzig durch eine polnische Armee besetzt werden solle, seien zwar unwahr (?), aber Polen wäre dazu entschlossen, diese Frage zwar mit gesetzlichen Mitteln, aber auch mit „großer Energie" zu regeln. Solange das nationalistische Preußen in Danzig Herr sei (!), wäre die französisch-polnische Allianz wertlos, „die Allianz für den Frieden", wie nach der üblichen Formel hinzugefügt wird. Wie dieser Friede von den Polen gemeint ist, geht aus den Mitteilungen des Herrn de Corab nicht hervor, der Danzig ein „vorgeschobenes Fort des alldeutschen Gedankens" nennt. Es ist klar, daß die Polen einen Vorwand suchen, um Unruhe zu stiften. Jede Provokation deutscher Nationalisten an der Grenze muß vermieden werden, um den polnischen Freunden des Marschalls Foch ihre Aufgabe zu erschweren. (Die Informationen des französischen Berichterstatters sind natürlich ganz tendenziös aufgezogen, um von den aggressiven Vorbereitungen der Korfanty-Leute abzulenken. D. Red.)

Das neue Witos-Kabinett in Polen.

Warschau, 29. Mai. (W. T. B.)

Das neue polnische Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Präsident Witos; Inneres Kiernik; Aeußeres Seyda; Finanzen Grabski; Justiz Nowodworski; Unterricht Globinski; Landwirtschaft Goscicki; Handel Kucharski; Eisenbahnwesen Karlinski; Post Moszczenski; öffentliche Arbeiten Lopuszanski. Die Geschäfte des Kriegsministeriums, des Arbeitsministeriums und des Hygieneministeriums werden von General Osinski, von Darowski und von Bujalski geführt werden.

Beratung Curzons mit Krassin.

England verlangt weitere Zugeständnisse.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London**, 29. Mai.

Lord Curzon hat eine Aussprache mit Krassin gehabt, in der die russische Antwortnote durchgesehen wurde. Lord Curzon hat erklärt, daß die Sowjetregierung sich in gewissen Punkten der englischen Anschauung genähert habe. Es seien aber besonders in bezug auf die Propagandafrage nähere Ausführungen und Garantien nötig. Krassin hat die erforderliche Zeit für die Beratungen mit Moskau zugestanden erhalten. Von einem Abbruch der englisch-russischen Beziehungen spricht heute niemand mehr. Allerdings haben die Russen auf der ganzen Linie nachgeben müssen, ohne daß sie bereits am Ende ihrer Konzessionen angelangt sein dürften.

Neues Militärgesetz in Südslawien.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Ⅱ **Belgrad**, 29. Mai.

Neben dem Beamtengesetz wird in der nächsten ordentlichen Skupschtinasitzung der seitens des Kriegsministeriums festgestellte Gesetzentwurf betreffend die neue Heeresorganisation eingebracht werden. Dem Entwurfe zufolge beginnt die Dienstpflicht mit vollendetem 21. und dauert bis zum 50. Lebensjahre. Im Mobilmachungs- und Kriegsfalle können auch Jünglinge im vollendeten 18. bis zum vollendeten 20. Lebensjahre zum Dienst einberufen werden, ebenso können in diesem Falle im Hinterlande Personen bis zum 60. Lebensjahre zum Dienst einberufen werden. Die Dienstzeit dauert für alle Waffengattungen 18 Monate und kann auf neun Monate abgekürzt werden, und zwar für Studenten und Ernährer arbeitsunfähiger Eltern. Ohne Erfüllung der ordentlichen Dienstpflicht kann niemand als Staats-, Selbstverwaltungs- oder Gemeindebeamter angestellt werden. Das Gesetz regelt die Gehälter und die übrigen Offiziers- und Unteroffiziersgebühren sowie diejenigen der anderen im Heere dienenden Beamten des Militär- und Zivilstandes. Die Gehälter zerfallen in Grund- und Ranggehälter, ferner Wohnungsgeld und verschiedene Zulagen. Die Gehälter überhaupt sind im Vergleiche zu den heutigen bedeutend erhöht worden. Das Gesetz würde im Januar 1924 in Kraft treten.

Die „Politika" meldet aus Rom, in italienischen Kreisen werde im Hinblick auf den bevorstehenden Beginn der zweiten Arbeitsperiode der Paritätischen Kommission und das Bedürfnis intimerer politischer Zusammenarbeit der Regierungen von Belgrad und Rom in Mitteleuropa über eine im Laufe des Juni stattfindende Zusammenkunft zwischen Mussolini und dem südslawischen Außenminister Nintschitsch gesprochen. In den politischen Kreisen Roms wünsche man, daß diese Zusammenkunft möglichst bald erfolge; es wird in diesen Kreisen behauptet, daß Schritte dazu schon eingeleitet seien. Die Zusammenkunft soll entweder in Venedig oder Zara stattfinden und den Charakter eines offiziellen Besuches des Ministers Nintschitsch in Italien bekommen. Mussolini werde den Besuch nach Durchführung des Rapallo-Vertrages und der Santa-Margherita-Uebereinkunft voraussichtlich im Herbst erwidern.

Rom, 29. Mai.

Peinliches Aufsehen erregt hier die Belgrader Meldung, daß der französische General Lerond nach Dalmatien abgereist ist, um den Kriegshafen Cattaro zu besichtigen.

Die Stadtbaugesellschaft m. b. H.

Die verletzten Rechte der Stadtverordnetenversammlung.

Zu heftigen Angriffen gegen den Magistrat kam es in der gestrigen Sitzung des Stadtverordnetenausschusses, der zur Nachprüfung des Verkaufs der Berliner Stadtbaugesellschaft m. b. H. an ein Konsortium eingesetzt worden war. Der Magistrat hat seine sämtlichen Geschäftsanteile und die Lagerbestände dieser Gesellschaft für 500 Millionen verkauft, ohne die erforderliche Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen, sondern sich damit begnügt, der Versammlung von dem vollzogenen Verkauf Kenntnis zu geben. Wie sich in der gestrigen Ausschußberatung herausstellte, haben nicht einmal die Mitglieder des Aufsichtsrats, ja nicht einmal der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Stadtbaugesellschaft von den Verkaufsverhandlungen gewußt. Gegen den Verkauf des völlig zusammengebrochenen und unwirtschaftlich arbeitenden Unternehmens, einer kommunalisierten Erbschaft von Neukölln, wurde von keiner Seite etwas eingewendet, selbst die Sozialdemokraten erklärten sich damit einverstanden. Desto stärker war auf allen Seiten der Unwille darüber, daß der Magistrat die fundamentalsten Grundsätze der Städteordnung hierbei außer Acht gelassen und die Stadtverordnetenversammlung ausgeschaltet habe. Stadtbaurat Hahn bemühte sich nachzuweisen, daß der Magistrat mit größter Eile vorgehen mußte. Die Gesellschaft habe nie Betriebskapital gehabt und mußte von der Hand in den Mund leben. Ihre Lieferungen für den städtischen Westhafen hätten mit einem Verlust von 50 Millionen abgeschlossen. Da nähere Zahlenunterlagen überdies fehlten, beschloß der Ausschuß, die Verhandlungen zu vertagen und zur nächsten Sitzung den Stadtkämmerer zu laden.

Der Seeverkehr nach Ostpreußen. Der amtliche Seedienst Ostpreußen und Danzig läuft mit Beginn des Sommerfahrplans am 1. Juni Zoppot statt Neufahrwasser an. Auf der Seebrücke sind alle Einrichtungen für Zoll, den Paßverkehr und die Gepäckabfertigung getroffen. Direkte Fahrkarten sind auf den meisten Bahnhöfen und allen Reisebureaus zu erhalten. Die Abfahrten erfolgen zweimal wöchentlich, Montag und Donnerstag, 6 Uhr 45 Minuten abends, von Swinemünde.

Absturz in den Alpen. Der Student der Chemie an der Universität Leipzig Theodor Hartmann ist bei einer Besteigung des Nebelhorns (Allgäuer Alpen) abgestürzt. Die Leiche konnte geborgen werden.

Künstler unter Anklage.

Verbreitung angeblich unzüchtiger Bilder.

Vor der 8. Strafkammer des Landgerichtes I hatten sich heute die Zeichner Georg Kobbe und Erich Goldbaum-Godal wegen Verbreitung unzüchtiger Bilder zu verantworten. Die beiden Angeklagten hatten auf der letzten juryfreien Ausstellung Sammlungen ihrer Zeichnungen und Bilder ausgestellt, unter denen je zwei Aktzeichnungen als unzüchtig beanstandet worden sind. Der Angeklagte Georg Kobbe gab an, daß er eine Ausstellung seines gesamten Schaffens im Rahmen von 25 Bildern und Zeichnungen habe geben wollen und er könne nicht begreifen, weshalb man in der Zeichnung eines nackten Mädchens etwas Unzüchtiges erblicken wolle. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Goldberger machte den Angeklagten darauf aufmerksam, daß es sich nicht nur um ein nacktes Mädchen bei den Zeichnungen handele, sondern daß das eine Bild einen krassen Vorgang der Sexualität schildere. Auf dem anderen Bilde werde ein schlafendes Mädchen gezeigt, dessen Oberkörper bedeckt sei, während die Zeichnung des entblößten Teiles des Körpers das Sittlichkeitsgefühl jedes normal empfindenden Menschen verletzen müßte. Der Angeklagte erwiderte, daß sein Sittlichkeitsempfinden und daß der Kunstkenner und Kunstverständigen keinen Anstoß an derartigen Darstellungen nehmen könnte. Das Empfinden eines „normalen Menschen" kenne er nicht. Auf weiteren Einwand des Vorsitzenden, daß doch auch ein weniger kunstverständiges Publikum solche öffentlichen Ausstellungen besuche und nicht immer nur derartige Darstellungen vom rein künstlerischen Standpunkt betrachte, entgegnet der Angeklagte, daß es sich bei ihm um keine Verkaufsausstellung gehandelt, sondern daß er nur dem kunstverständigen Publikum seinen Entwicklungsgang zeigen wollte. Der Vorsitzende hatte jedoch den Eindruck, daß es dem Angeklagten auf die Geschmacksrichtung eines gewissen Publikums angekommen sei und daß er einen bestimmten Sinnreiz erwecken wollte. Gegen diesen Vorwurf verteidigt sich der Angeklagte durch den Hinweis darauf, daß man ihm gerade zum Vorwurf gemacht habe, daß er in seinen Darstellungen häßliche Figuren und Köpfe bevorzugt habe. Er habe nie die Absicht gehabt, Zeichnungen für erotische Sammlungen zu schaffen. Er habe vielmehr mit seinen Zeichnungen nicht mehr Reize hervorrufen wollen, als durch eine Landschaft. — Bei dem zweiten Angeklagten Goldbaum-Godal sind ebenfalls zwei Aktzeichnungen von Mädchen beanstandet worden. Als Verteidiger fungiert R.-A. Wolfgang Heine.

Der Raubmord in der Helmholtzstraße.

Die Täter vor dem Schwurgericht.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann heute früh der Mordprozeß wegen der Bluttat, die, wie erinnerlich, in der Neujahrsnacht dem Schneidermeister Georg Albach in der Helmholtzstraße das Leben gekostet hat. Unter der Anklage des Mordes haben sich der frühere Schreiber Unger, der Gelegenheitsarbeiter Bransick und der Arbeitslose Skrowonneck zu verantworten. Ein vierter Täter, ein angeblicher Deppner, ist nicht ermittelt worden. Diese vier Personen sind ärmlich bekleidet auf dem Hof der Mietskaserne als Sänger aufgetreten, um zu betteln. Albach, der als Wohltäter der Armen bekannt war, rief die noch jugendlichen „Sänger" in seine Wohnung und gab ihnen Essen und Kleidung. Die beiden Hofsänger erzählten dann in ihrem Stammlokal, daß der Schneidermeister ein reicher Mann sein müsse und viel Geld habe. Sie kamen zu dem Entschluß, Albach zu berauben. Die Verbrecher kehrten wieder zu dem Schneider zurück, und als Albach abends im Schlaf lag, fielen sie über ihn her, steckten ihm einen Knebel in den Hals, banden ihm die Beine und erstickten ihn, damit um Hilferufe zu verhindern, mit einem Kopfkissen. Das erwartete Geld fanden sie jedoch nicht, dagegen packten sie Stoffe zusammen, die sie später verkauften. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Latté, während die Verteidigung von Dr. Grothusen, Dr. Brand und Gorning geführt wird.

Wetteraussicht für morgen in Berlin und Umgegend. Zeitweise heiter, jedoch ziemlich kühl und noch überwiegend bewölkt bei schwachen, vorherrschend nordöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski-Berlin-Lichterfelde; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung u. Sport: Arno Andt-Wilmersdorf; f. d. Feuilleton: Erich Vogeler-Tegel; für den Roman: Fritz Engel-Schöneberg; f. d. Handelszeitung: i. V. Dr. Adolf Roeder-Berlin; f. d. übrig. Teil d. Blattes: Albert Pilz-Charlottenburg; f. d. Inserate: Heinrich Baron-Schöneberg. Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin. Hierzu 1 Beiblatt.

Bemerkungen zum Thema „Kunst und Kritik".

Von [Nachdruck verboten.]

Arthur Schnitzler.

Das Juniheft der „Neuen Rundschau" erscheint aus Anlaß von Hermann Bahrs 60. Geburtstag als Sonderheft „Oesterreich". Das Heft wird auch die folgenden Aphorismen von Artur Schnitzler bringen. Die Redaktion.

Wenn wir in einem Kunstwerk das Vorhandensein einer Weltanschauung als künstlerischen Vorzug zu empfinden glauben, so kommt diese Wirkung niemals von der Tatsache oder von der Art der Weltanschauung her, die der Autor zum Ausdruck bringt, sondern immer nur von dem Grad des Talentes, den er hierzu aufzuwenden imstande war.

Wie oft geschieht es — und muß nicht immer böse gemeint sein —, daß der Kritiker seine eigene fixe Idee in das Werk eines Autors hineinträgt und nichts anderes mehr darin zu sehen vermag als eben diese Idee, von der er selbst monomanisch besessen ist — während sie dem Autor doch nur ein Element seines Werkes und nicht einmal das wichtigste unter einem Dutzend anderer bedeutet.

Es ist schlechter Geschmack, über seine eigenen Figuren gerührt zu sein und ein noch schlechterer, sich über sie lustig zu machen. Leider fehlt uns das rechte Wort, das innerhalb des Geistigen eine gewisse mindere Art von Humor so glücklich bezeichnete, als das Wort Sentimentalität ein unreines Verhältnis innerhalb des Gefühlsmäßigen zum Ausdruck bringt. („Witzelei" käme der Sache noch am nächsten.) In beiden Fällen aber handelt es sich um einen Mangel an Distanz von seiten des Autors entweder der eigenen Figur oder dem Publikum oder beiden gegenüber.

Dem Kritiker verrät sich ohne weiteres, ob ein Werk, es mag im einzelnen mehr oder minder geglückt sein, aus innerster Notwendigkeit oder ob es aus irgendwelchen äußeren Gründen geschaffen wurde. Doch mit nicht geringerer Unfehlbarkeit weiß es der Künstler, ob das Urteil, das er vom Kritiker erfährt, sei es Zustimmung oder Ablehnung, sachlicher Anteilnahme entstammt, oder ob es durch irgendwelche andere Motive getrübt ist.

Die drei Kriterien des Kunstwerks: Einheitlichkeit, Intensität, Kontinuität.

Manchem Urteil gegenüber, das ich gedruckt lese, ergeht es mir so, daß ich vor allem denke: Wie klug, wie zutreffend, wie gerecht! Jedes Wort möcht ich unterschreiben. — Und doch habe ich keine rechte Freude dran; denn gleich drängt es mich, den Kritiker zu fragen: Hand aufs Herz, mein Freund, hättest du dies auch geschrieben, wenn du für den Autor, dessen Werk du beurteilst, nicht besondere persönliche Sympathie empfändest? Oder, wenn dir das Lob, das du gespendet hast, nicht irgendwelchen moralischen oder (wär es auch auf einem Umweg) sonstigen Gewinn brächte? Oder wenn du diesmal nicht besondere Gelegenheit gehabt hättest, dein eigenes Licht leuchten zu lassen? Ja — frage ich am Ende — hättest du, wenn das Werk zufällig von einem Andern wäre, überhaupt bemerkt, daß es dein Lob verdient? Und, wenn du es bemerkt hättest, wäre es dir der Mühe wert gewesen, es aufzuzeichnen oder gar in die Zeitung zu setzen?

Was dein Werk in die Zukunft trägt, ist nie das Problem, das du gewählt, nicht der Geist, mit dem es behandelt — es sind immer nur die Gestalten, die du gebildet, und die Atmosphäre, die du um sie herum geschaffen hast.

Die wahre Tragödie steigt zum Himmel auf, wie ein Turm, auf dessen freier Höhe, von Stürmen umbraust, die Leiche des Helden aufgebahrt liegt — aber auch auf dem Grunde jeder richtigen Komödie, tief verborgen in vermauerten Räumen, ruht ein tragisches Geheimnis — mag auch oft dem Meister selbst, der das Gebäude aufgerichtet; nichts davon ahnen.

Kroll und die Große Volksoper.

⁂ Wir haben in dem Kampf um das Krollsche Haus uns durchaus für die Ansprüche der Großen Volksoper eingesetzt, da wir weder die Ansprüche der „Volksbühne", die ihr eigenes Haus hat, noch gar die Ansprüche der Staatsoper, die leider bewiesen hat, daß sie nicht einmal das eine Haus, das sie besitzt, künstlerisch bewältigen kann, anzuerkennen vermögen. Juristisch, das sagten wir schon neulich den Ansprüchen der Volksbühne gegenüber, mögen die Verhältnisse liegen wie sie wollen, es handelt sich hier nicht um eine Winkeladvokatenangelegenheit, sondern um eine künstlerische. Wir haben vor kurzem einer Erklärung der „Volksbühne" Raum gegeben, in folgendem bringen wir eine Zuschrift der Großen Volksoper, in der sich diese gegen die meist recht allgemein und wenig sachlich erhobenen Vorwürfe verteidigt. (Interessant wäre es im übrigen, wenn auch die Staatsoper einmal öffentlich aussprache, worauf sie, künstlerisch, ihre Ansprüche begründet.) —

„Die Große Volksoper gestattet sich, auf die gegen sie erhobenen unbegründeten Vorwürfe folgendes zu erwidern:

Sie ist in keiner Weise ein kapitalistisches, sondern ein rein gemeinnütziges Unternehmen. In ihrer Satzung ist festverankert, daß die Dividenden der Aktionäre auf 5 Prozent beschränkt beiben, daß die Aktionäre sich eine Verstaatlichung gefallen lassen müssen, daß das Vermögen der Großen Volksoper bei Auflösung vom Kultusministerium der Neuen freien Volksbühne oder einer anderen gemeinnützigen Organisation zuzuführen ist, daß weiterhin das Kultusministerium das Recht hat, jede Satzungsänderung, die den gemeinnützigen Charakter der Großen Volksoper gefährdet, zu verbieten. Aus der praktischen Betätigung der Großen Volksoper wäre zu sagen, daß sie, obgleich ihr Haus nur 1550 Personen faßt, 75 Prozent ihrer Plätze zu bedeutend ermäßigten Preisen an Volksbühne, Gewerkschaften und eigene Abonnenten abgibt. Daß die Verwaltung ein ehrenamtlich tätiger Aufsichtsrat führt, sei nur nebenbei erwähnt, ebenso, daß das Verwaltungspersonal im Vergleich zu dem ungeheuren Verwaltungsapparat der Staatsoper ein sehr geringes ist. Wenn der Referent des Kultusministeriums dauernd behauptet, ein Opernbetrieb lasse sich nicht ohne erhebliche Zuschüsse aufrecht erhalten, so hat die Volksoper in monatelanger Arbeit das Gegenteil bewiesen. Sie hat nicht nur nicht mit einem eventuell übernommenen Kostüm- und Dekorationsfundus gespielt, sondern sie hat sich jedes Stück Dekoration und jedes Kostüm neu anfertigen lassen müssen, und auf diese Weise in neun Monaten 18 Opernvorstellungen vollkommen neu herausgebracht. Diese Art, einen Opernbetrieb zu führen, sollte sich das Finanzministerium als Maßstab nehmen für die Führung seiner Staatstheaterbetriebe. Weiterhin soll sich das Finanzministerium gefagt sein lassen, daß die Volksoper ihm sofort und allmonatlich große Zahlungen für die Ueberlassung des Hauses leisten möchte, so daß die vom Finanzministerium erstrebte Entlastung des Staatsopernetats auf diese Weise sicherer eintreten würde, als wenn die schwerfällige Staatsmaschine sich mit einem zweiten Opernhaus belasten würde. Zur künstlerischen Frage der Angelegenheit ist zu erwähnen, daß es immer besser ist, zwei Kunstkörper nebeneinander im freien Wettbewerb der Kräfte stehen zu lassen, als alles unter einen Hut zu zwingen, wobei unbedingt beide Kunstinstitute — die Staatsoper und das Kroll-Haus — leiden müßten, zumal es der Staatsoper jetzt schon schwer fällt, ihren Betrieb künstlerisch einwandfrei aufrecht zu erhalten.

Zum Schluß! Für wen bedeutet die Ueberlassung des Krollhauses eine Lebensnotwendigkeit? Doch nur für die Volksoper, die kein Haus hat und die mit ihrem gesamten Personal und ihren bisher geleisteten künstlerischen und organisatorischen Arbeiten auf der Straße stehen würde. Indiskutabel ist der Vorschlag, durch Zerstörung der künstlerischen und organisatorischen Einheit „Große Volksoper" eine Teilbefriedigung eintreten zu lassen, da die Hauptstärke eines Unternehmens nicht in seinen Teilen liegt, sondern in der zusammengefaßten künstlerischen und organisatorischen Energie."

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts

Beiblatt * Nr. 248
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin

* Die A. Riebeckschen Montanwerke als Stinnesscher Oeltrust.

Gegenwert der verschiedenen Angliederungsobjekte usw. 230 Milliarden M. — Ertrag der bar begebenen Aktien 33 Milliarden M.

Die Publizitätsgepflogenheiten bei den Stinnesschen Transaktionen lassen sehr zu wünschen übrig. Ueber die Angliederung der oberschlesischen Werke Bismarckhütte und Kattowitzer Bergbau Akt.-Ges. an die Siemens—Rhein-Elbe—Schuckert—Union ist bisher noch keine Zeile der Oeffentlichkeit mitgeteilt worden, das Communiqué über die Oeltransaktion der A. Riebeckschen Montanwerke ist nur den zwei Börsenzeitungen übermittelt worden, während die ganze übrige Handelspresse nicht in der Lage war, es zusammen mit dem Communiqué der „Api" in der heutigen Morgenausgabe zu veröffentlichen. Die Banken, die mit der Stinnesschen Verwaltung zusammenarbeiten, sollten deren Leiter darauf aufmerksam machen, dass eine derartige willkürliche und unzureichende Information den Publizitätsgewohnheiten im deutschen Finanzwesen nicht entspricht und dass selbst ein so allmächtiger Konzern wie der Stinnessche nicht klug daran tut, sich über die notwendigen und von anderer Seite innegehaltenen Publizitätserfordernisse hinwegzusetzen.

In dem Communiqué der A. Biebeckschen Montanwerke wird im übrigen mitgeteilt, dass die Angliedrung des weitaus grössten Teiles der Stinesschen Oelinteressen sowie die starke Einflussnahme auf die Oleawerke Akt.-Ges. und die Akt.-Ges. für Petroleumindustrie in Berlin zusammen mit aus früherer Zeit vorliegenden Verpflichtungen eine Erhöhung des Aktienkapitals auf 66 666 000 M. erforderlich machen, bei welcher Gelegenheit die 10 Mill. M. Vorzugsaktien in Stammaktien umgewandelt werden sollen. Die Gesellschaft arbeitete bisher noch immer mit ihrem Friedensstammkapital von 28,5 Mill. M., wozu im Jahre 1917 noch 10 Mill. M. 5proz. Vorzugsaktien traten, die von einem Bankkonsortium übernommen, zunächst mit 25 pCt. eingezahlt worden sind, während die Resteinzahlung Anfang 1922 erfolgte. Diese Vorzugsaktien, die bisher als Schutzaktien fungierten, sollen nunmehr in Stammaktien umegwandelt, und abgesehen davon, 28,166 Mill. Mark neue Stammaktien ausgegeben werden. Da der Kurs der alten Riebeck-Aktien sich zuletzt auf etwa 620 000 pCt. belief, würde die Kapitalerhöhung einen ausmachenden Wert von mehr als 230 Milliarden M. entsprechen. Die Aktionäre einer Gesellschaft, die mit solchen Summen belastet wird, haben wohl Anspruch darauf, etwas genauer zu erfahren, wie sich diese Bezahlung auf die einzelnen Erwerbsobjekte verteilt, insbesondere welcher Betrag auf die Abbürdung früherer Verpflichtungen, d. h. wahrscheinlich also auf die Rückzahlung von Bankkrediten usw. entfällt, und wie ferner die von dem Hauptaktionär Stinnes eingebrachten Oelinteressen bewertet werden. Die Aktionäre haben einen solchen Anspruch auf nähere Auskunft um so mehr, als eine weitere Kapitalerhöhung auf 100 Mill. M., also um 33,333 Mill. M., beabsichtigt ist, und diese letzteren Aktien nicht nur den bisherigen, sondern auch den neuen Aktionären, also den Einbringern der Stinnesschen Oelinteressen, der Api- und der Oelaktien, ein Bezugsrecht derart angeboten wird, dass auf je zwei alte Aktien eine neue zum Kurse von 100 000 pCt. zuzuzüglich Bejugsrechtsteuer bezogen werden kann, trotzdem wohl noch niemals junge Aktien zu einem so hohen Kurse von 100 000 pCt. zur Ausgabe gelangt sind, stellt sich das Bezugsrecht immer noch sehr günstig und berechnet sich auf etwa 175 000 pCt. Die 33 333 000 M. neuen Aktien, die den Aktionären zum Kurse von 100 000 pCt. angeboten werden, bringen der Gesellschaft einen baren Bruttoerlös von ca. 33 Milliarden M.

Weiterhin sei erwähnt, dass die Firma der Riebeckschen Montanwerke in „Hugo Stinnes—Riebeck Montan und Oelwerke Akt.-Ges." umgeändert werden soll und dass für das Ultimo März abgeschlossene Geschäftsjahr 1922/23 eine Dividende von 400 pCt. gegen 30 pCt. im Vorjahr vorgeschlagen wird. Die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres werden als nicht ungünstig bezeichnet, sofern nicht die durch die Ruhrbesetzung geschaffenen Erschwernisse noch vergrössert werden.

*** Genehmigungszwang für die Ausgabe wertbeständiger Anleihen.** Dem Reichstag ist ein Entwurf eines Gesetzes über die Ausgabe wertbeständiger Schuldverschreibungen auf den Inhaber zugegangen, indem es u. a. heisst: Die Vorschriften des § 795 des Bürgerlichen Gesetzbuchs finden Anwendung, wenn in Schuldverschreibungen auf den Inhaber, die im Inland ausgestellt sind, die Zahlung einer Geldsumme versprochen wird, deren Höhe nicht durch Angabe eines festen Betrages, sondern durch Bezeichnung des Masstabes bestimmt ist, nach dem der geschuldete Geldbetrag zu errechnen ist. Das gleiche gilt, wenn in der Schuldverschreibung eine andere Leistung versprochen wird, der Schuldner aber sich durch Zahlung eines Geldbetrages befreien kann, dessen Höhe durch Bezeichnung des Berechnungsmasstabs bestimmt ist. In der Begründung hierzu heisst es u. a.: Ein Grund für eine verschiedenartige gesetzgeberische Behandlung der über feste Geldbeträge ausgestellten und der wertbeständigen Schuldverschreibungen lässt sich kaum einsehen. Vielmehr besteht ein dringendes Bedürfnis, auch für die Ausgabe wertbeständiger Schuldverschreibungen den Genehmigungszwang einzuführen. Die Vorschrift des § 795 soll dazu dienen, den Umlauf unsolider Schuldverschreibungen zu verhindern und den Staatskredit vor den Gefahren zu schützen, die ihm aus einer Ueberflutung des Geldmarktes mit geldähnlichen Zahlungsmitteln erwachsen können. Ein gleicher Schutz ist gegenüber der Ausgabe wertbeständiger Schuldverschreibungen geboten. Durch sie ist eine Gefährdung des Verkehrs um so mehr zu besorgen, als es sich um eine neuartige Anlageart handelt, mit der abschliessende Frfahrungen noch nicht gemacht worden sind. Für die Allgemeinheit können Gefahren daraus entstehen, dass grössere Kreise von Inhabern solcher Wertpapiere an hohen Preisen einzelner Waren interessiert sind, insbesondere wenn es sich um Nahrungsmittel oder sonstige unentbehrliche Erzeugnisse handelt. Es kommt hinzu, dass angesichts der Schwierigkeiten in der Unterbringung von Anleihen zu festen Markbeträgen mit einer ständig wachsenden Ausgabe wertbeständiger Anleihepapiere zu rechnen ist, so dass unerwünschte Rückwirkungen für die Neuausgabe staatlicher und sonstiger öffentlicher Anleihen naheliegen.

*

Zu diesen Darlegungen ist zu bemerken, dass trotz der Bestimmungen des § 795 des H.G.B. eine lückenlose Kontrolle über die Ausgabe von Schuldverschreibungen niemals bestanden hat. Da der Genehmigungszwang nur Teilschuldverschreibungen betraf, die auf den Inhaber ausgestellt wurden, wurde die Genehmigung ziemlich häufig dadurch umgangen, dass Schuldverschreibungen ausgegeben wurden, die auf Order lauteten. Diese Lücke wird auch jetzt nicht geschlossen, und zwar weder für die Ausgabe von Schuldverschreibungen, die auf feste Papiermarkbeträge gestellt sind, noch für die, welche durch Bezeichnung eines Massstabes gekennzeichnet werden.

*** Börsenumsatzsteuer (Steuerbefreiung der Devisenumsätze beim ersten Warenumsatz nach der Einfuhr).** Auf Grund des § 62 Absatz 1 Nr. 1 des Kapitalverkehrsteuergesetzes vom 8. April 1922 — Reichsgesetzbl. S. 354 — bestimmt die Reichsregierung folgendes: Von der Börsenumsatzsteuer sind Anschaffungsgeschäfte befreit, bei denen sich der Käufer einer Ware verpflichtet, dem Verkäufer als Gegenleistung für die Warenlieferung ausländische Zahlungsmittel zu verschaffen, falls die Ware durch den Verkäufer aus dem Ausland eingeführt und von ihm unmittelbar dem Käufer geliefert wird. Die Vergünstigung des Absatzes 1 gilt nicht für Anschaffungsgeschäfte, die verboten sind.

*** Neue Aktiengesellschaften.** Unter der Firma wurde mit einem Kapital von 107 Mill. M. eine neue Aktiengesellschaft gegründet, deren Zweck der Betrieb eines Tonwerks und die Herstellung von Tonerzeugnissen ist. Die Gründer sind Kaufleute aus verschiedenen Orten der Provinz Hannover.

*** Neuorganisation des Schuhhandels.** Der in Leipzig gemeinsam tagende Zentralverband deutscher Schuhwarenhändler (Erfurt) und der Verband deutscher Schuhwarenhändler (Berlin) beschlossen Verschmelzung beider Organisationen zu einem Reichsverband deutscher Schuhwarenhändler e. V., Sitz Berlin.

Litaswährung im Memelland. Die litauische Regierung macht bekannt, dass vom 10. Juni ab die Litaswährung im Memelland eingeführt wird und von diesem Tage ab Reichsmark und Ostrubel keine Gültigkeit mehr haben.

*** Umtausch festverzinslicher Werte in Aktien.** Anlässlich der vielfachen Erörterungen über die Schaffung von Ausgleichmöglichkeiten für die Inhaber festverzinslicher Forderungen wurde schon wiederholt, auch in der Presse, der Gedanke angeregt, ob nicht den Inhabern solcher Werte ein Umtausch in Aktien freigestellt werden könnte. Dabei wurde namentlich auch betont, dass Kapitalnennwert und Ertrag speziell der kleineren Wertpapierstücke vielfach nicht mehr im Verhältnis zu der Arbeit und den Kosten stehen, welche mit deren Verwaltung für Gläubiger und Schuldner und für die vermittelnden Banken verbunden sind.

Die Rheinische Hypothekenbank beabsichtigt, diesen Gedanken in die Praxis umzusetzen, indem sie den Inhabern einer grösseren Anzahl gekündigter und kündbarer Stücke ihrer Pfandbriefe und Kommunalobligationen deren Umtausch in ihre Aktien zur Wahl stellt. Ein gleiches beabsichtigt die Pfälzische Hypothekenbank zunächst in der Hauptsache für ihre zum 1. April und 1. Juli d. J. gekündigten und verlosten Pfandbriefe und Kommunalobligationen, soweit sie noch nicht eingelöst sind. Der Kurs, zu dem die Aktien den Obligationären überlassen werden, ist dabei nicht unwesentlich niedriger als der gegenwärtige Börsenkurs. Es ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass an eine Verpflichtung zum Umtausch nicht gedacht ist. Es ist vielmehr den Besitzern der Schuldverschreibungen völlig freigestellt, ob sie von der gebotenen Möglichkeit Gebrauch machen wollen, und es bleibt ihnen überlassen, im Einzelfalle die für oder gegen den Umtausch sprechenden Gesichtspunkte gegeneinander abzuwägen. Soweit die einzelnen Obligationsinhaber nicht genügend Stücke besitzen, um eine Aktie zu erhalten, wird es Sache der den Umtausch vermittelnden Banken und Bankiers sein, hier im Interesse der Obligationsbesitzer vermittelnd einzugreifen und die Spitzen zu gemeinsamer Verwertung zusammenzufassen. Für den Tausch stehen den Hypothekenbanken solche Aktienteilbeträge zur Verfügung, die in Durchführung der bezüglichen Generalversammlungsbeschlüsse nicht den Aktionären anzubieten waren, sondern anderweitig verwertet werden sollten.

Sofern der Versuch Anklang findet, dürfte anzunehmen sein, dass ihn die betreffenden Banken später für weitere Serien von Pfandbriefen und Kommunalobligationen wiederholen werden.

 # Generalversammlungen im ehemaligen Sprengstoffkonzern. In den Generalversammlungen der Köln-Rottweil Akt.-Ges., der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff Akt.-Ges. und der Akt.-Ges. Siegener Dynamitfabrik wurden die Abschlüsse für 1922 genehmigt und die Dividende auf 200 pCt. festgesetzt. Dem Anschlussvertrage mit der Deutschen Zelluloidfabrik in Eilenburg, die schon durch Aktienbesitz dem Konzern angehört, wurde in der Generalversammlung von Köln-Rottweil zugestimmt. Der Vertrag läuft bis 31. Dezember 1999. Wie Geh. Rat Hagen ausführte, ist die in der letzten ausserordentlichen Generalversammlung der Köln-Rottweiler beschlossene Kapitalerhöhung inzwischen durchgeführt worden. Der Gesellschaft sind dadurch so erhebliche Mittel zugeflossen, dass sie jetzt ohne Bankschulden arbeitet. Die Umstellung in der Fabrikation habe gute Fortschritte gemacht und zurzeit sei die Gesellschaft gut und lohnend beschäftigt. Neu in den Aufsichtsrat der Köln-Rottweiler wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Dynamit Akt.-Ges. vorm. Nobel & Co. in Hamburg, Dr. Max v. Schinckel gewählt.

*** Th. Goldschmidt Akt.-Ges. Chemische Fabrik und Zinnhütte** in Essen. Aus dem Ueberschuss von 174 Mill. M. (i. V. 19) wird, wie bereits gemeldet, eine Dividende von 150 pCt. (30) zur Ausschüttung gelangen. Die Verwaltung teilt im Geschäftsbericht mit, dass die Produktion abermals trotz der Hemmnisse der allgemeinen Lage im Berichtsjahre vergrössert werden konnte. Die Vollzahlung der im Januar 1922 beschlossenen Neuemission von 100 Mill. M. steht noch in Höhe von 37,5 Mill. M. aus. Das Konto Teilschuldverschreibungen erhöhte sich in der Bilanz u mden Anleihebtrag von 60 Mill. M. auf 79 Mill. M., der im Juni vorigen Jahres begeben wurde. Die Beteiligung bei der Th. Goldschmidt Kommanditgesellschaft ist inzwischen voll eingezahlt worden. In der Bilanz stehen Vorräte mit 1142 Mill. M., (41), Staatspapiere und Wechsel mit 80,5 Mill. M. (0,4), Anzahlungen auf Waren und Neubauten, Warenforderungen und sonstige Aussenstände mit 2387 Mill. M. (43), andererseits Gläubiger mit 2841 Mill. M. (110) zu Buche.

*** Hohenstein-Ernstthaler Erzbergwerke Akt.-Ges.** in Hohenstein-Ernstthal (Sachsen). Die ausserordentliche Generalversammlung der im Februar gegründeten Gesellschaft beschloss die Erhöhung des Aktiekapitals um 10 Mill. M. 6proz. Vorzugsaktien mit 20fachem Stimmrecht und 200 Mill. M. Stammaktien. Hiervon werden 19 Mill. M. den bisherigen Aktionären im Verhältnis 1:1 zum Kurs von 700 pCt. angeboten, während die restlichen 192 Mill. M. bestmöglichst im Interesse der Gesellschaft verwertet werden sollen.

*** Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen F. Zimmermann & Co.** Die Generalversammlung beschloss die Erhöhung um 25 auf 60,5 Mill. M. zu noch festzusetzendem Kurs, sowie die Einführung der Aktien an der Berliner Börse. Die Fabrik, welche zurzeit der Marktstützung kurz arbeitete, ist nach Mitteilung der Verwaltung in allen Abteilungen wieder voll beschäftigt

 # Kursächsische Braunkohlenwerke Akt.-Ges. in Berlin. Die Generalversammlung setzte die Dividende für die Stammaktien auf 30 pCt. und für die Vorzugsaktien auf 9 pCt. fest und wählte Dr. Fromm in München neu in den Aufsichtsrat. Die Tantieme für die beiden Aufsichtsratsvorsitzenden wurde auf 100 Goldmark, für die übrigen Mitglieder auf 50 Goldmark jährlich festgesetzt. Die Aussichten des Werkes seien verhältnismässig günstig. Der Abruf könne zurzeit nicht befriedigt werden. Die Aktien wurden gestern erstmalig im Freiverkehr der Berliner Börse gehandelt. Die Verwaltung teilt mit, dass sie bestrebt sei, eine Einführung auch in den offiziellen Verkehr der Berliner Börse zu erreichen.

*** Ostafrikanische Eisenbahngesellschaft.** Die Generalversammlung genehmigte die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, die einen Verlust von 1 273 822 M. aufweist. Der Verwaltung wurde Entlastung erteilt, und Geheimrat Gerstmeier sowie Geheimrat Fischer neu in den Verwaltungsrat gewählt. Dem Antrag auf Liquidation der Gesellschaft wurde ebenfalls zugestimmt. Von seiten der Verwaltung wurde dazu ausgeführt, dass mit der Beschlagnahme durch die Engländer die Gesellschfat jeden Einfluss auf den Gang des Betriebes verloren hätte. Die Durchführung der Liquidation ist zum grossen Teil schon erfolgt, zum Liquidator wurde unter Zustimmung der Generalversammlung der Geheime Baurat Paul Habisch, bisheriges Vorstandsmitglied der Gesellschaft, bestellt. Bezüglich des schwebenden Entschädigungsverfahrens wurde mitgeteilt, dass eine Einigung mit dem Reiche bevorsteht, die aber nur einen ziemlich mageren Vergleich erbringen würde.

 # Steatit-Magnesia Akt.-Ges. in Nürnberg-Berlin. Die Generalversammlung setzte die Dividende für die Stammaktien auf 170 pCt., für die Vorzugsaktien auf 8 pCt. fest und beschloss die Erhöhung des Aktienkapitals um 25 Mill. M. Stammaktien und 1 Mill. M. Vorzugsaktien auf 68 Mill. M. Die neuen Aktien sind vom 1. Januar 1923 ab dividendenberechtigt und werden von einem Konsortium unter Führung der Firma Gebrüder Arnhold zu 100 pCt. mit der Verpflichtung übernommen, von den Stammaktien 8 Mill. M. den Besitzern der bisherigen Stammaktien ebenfalls zu 100 pCt. im Verhältnis 5:1 zum Bezuge anzubieten. 1,5 Mill. M. Stammaktien werden den Werksangehörigen und Angestellten zu pari angeboten. Weitere 1,5 Mill. M. Stammaktien werden zum Erwerb der Hälfte der Anteile der Adam Weber G. m. b. H. in Nürnberg verwandt. Dieses Unternehmen will die Gesellschaft gemeinsam mit der Philipp-Rosenthal-Gruppe betreiben. Die restlichen 14 Mill. M. Stammaktien werden zu Angliederungszwecken und zur freien Verwertung verwendet werden. Die Vorzugsaktien werden den Besitzern der bisherigen Vorzugsaktien im Verhältnis von 2:1 zum Bezuge angeboten. Wie wir ahören, soll die Einführung der Aktien in den offizellen Verkehr der Berliner Börse beabsichtigt sein.

*** Papierholz Akt.-Ges.,** Berlin. Die Generalversammlung beschloß eine Kapitalserhöhung um 100 Mill. Mark auf 140 Mill. Mark. Die Aktien werden von einem Konsortium unter Führung des Bankhauses A. Falkenberger u. Co. zu 300 pCt. mit der Maßgabe, hiervon den Aktionären zu 350 pCt. im Verhältnis von 1:: den Betrag von 80 Mill. Mark anzubieten. Die neuen Aktien sind für das laufende Jahr voll dividendenberechtigt. In den Aufsichtsrat wurden hinzugewählt: Bankier Meimberg, i. Fa. Herz u. Meinberg, Dr. Fritz Falkenberger und Bankier Berges.

*** Die ungarische Stinnes-Beteiligung.** In der Morgenausgabe vom 26. Mai gaben wir eine Mitteilung ungarischer Blätter über Verhandlungen von Stinnes zur Beteiligung an einem ungarischen Bauxitunternehmen. Wir erhalten hierzu eine berichtigende Meldung, wonach die betreffenden Verhandlungen nicht den Ankauf von Bauxitaktien betreffen, sondern die Beteiligung an einer italienischen Aktiengesellschaft, deren Aluminiumgruben in Istrien sich befinden und deren Aktienmajorität im Besitz der Budapester Börsenfirma Kraus & Bettelhei mist, welche Firma mit britisch-ungarischer Bank eng liiert ist.

ꝏ Der heutige Börsenruhetag.

Dollar ca. 60000.

Im heutigen freien Vormittagsverkehr begannen die ausländischen Zahlungsmittel etwa zu den gestrigen Nachmittagskursen gehandelt zu werden, so der Dollar mit ca. 61 500—62 000 und das englische Pfund mit 284 000—286 000. Das Schreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie an den Reichskanzler betreffs der Garantiefrage wurde viel besprochen, jedoch konnte keine einheitliche Meinung zum Ausdruck kommen, man schwankte in der Bewertung des Angebots und seiner Voraussetzungen. Auf den Devisenmarkt kam dies dadurch zum Ausdruck, das an der Börse sich die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel senkten, so ging der Dollar auf etwa 59 500 zurück. Der amtliche Kurs für **Kabelauszahlung New-York** stellte sich allerdings wieder etwas höher, und zwar auf **59 825,06 G., 60 124,94 B.** Nach Feststezung des amtlichen Kurses wurden im Freiverkehr Dollarnoten mit 60 000 umgesetzt. Dollarschatzanweisungen wurden heute zum ersten Male seit langer Zeit unter Parität gehandelt. Per Kasse stellten sie sich auf ca. 58 000, per Juni auf ca. 64 250 und per Juli auf ca. 70 000—70 250. Polennoten wurden mit ca. 105, Auszahlung Warschau mit ca. 107, Auszahlung Riga mit ca. 232 und Auszahlung Reval mit ca. 175 umgesetzt. — Für Effekten kam heute keine einheitliche Tendenz zum Ausdruck. Das Geschäft im heutigen Freiverkehr war ausserordentlich klein, auch vom Publikum sind bisher nur wenig Aufträge bei den Banken eingegangen, so dass sich über die Tendenz für die morgige Börse noch keine Vermutungen aufstellen lassen.

Bankdiskont			Devisen 29.5. G	Brief	28.5. G	Brief	Banknoten 29.5. G	Brief	28.5. G	Brief
18	Deutschland									
4	Holland	1 Gulden	23541	23659	241893	243108	233415	234585	241395	242605
6	Dänemark	1 Krone	110473	111028	114213	114788	110223	110776	114313	114886
4½	Schweden	1 Krone	158602	159397	164088	164911	15860½	15939½	16359	16441
6	Norwegen	1 Krone	975056	979944	992512	997488	975550	980445	992510	997749
8	Finnland	1 Mark	165784	166616	170009	170927			168525	169475
3	Schweiz	1 Franc	108228	108771	11072½	11127½	15860½	15939½	110223	110776
—	Argentinien	1 Peso	210971	212028	216956	218043				
9	Dt.-Oesterr.	100 K.	8503	8547	8573	8617			8325	8375
12	Ungarn	1 Krone	1142	1148	1132	1138			897	903
5	Tschechosl.	1 Krone	179250	180150	183739	184601			179550	180450
5	Spanien	1 Peseta	912712	917288	935156	939844	914705	919295	930165	934835
4½	Amerika	1 Dollar	598250	601249	618649	62175	59850	60150	610968	614031
5½	Belgien	1 Franc	340147	341853	351618	353382	340945	342655	348125	349875
3	England	1 Pfd. St.	276806	278193	285783	287216	276307	277692	285783	287216
5½	Frankreich	1 Franc	396755	398745	406730	408770	3980	4000	405480	407520
5½	Italien	1 Lire	285783	287217	294761	296239	287080	288520	293265	294735
6½	Bulgarien	1 Leva	63840	64160	64837	65163			63040	63360
—	Rumänien	1 Lei							35410	35590
—	Jugoslawien	1 Dinar	64139	64160	63939	64261			60145	60455
—	Japan	1 Yen	290272	291727	297255	298745				
—	RiodeJaneiro	1 Milreis	611467	614544	623437	626563				

Aus dem Auslande liegen folgende Markmeldungen vor: Amsterdam 0,41½—0,41¾. Zürich 0,89—0,92, Kopenhagen 0,87—0,89, Stockholm 0,60—0,61, London 285 000.

*

*** Das Bezugsrecht** auf Görlitzer Zentrifugen- und Maschinenfabrik Aktien soll erstmalig am Freitag, den 1. Juni im Freiverkehr der Berliner Börse notiert werden. — Das Bezugsrecht auf die Aktien der B. Wittkop Aktiengesellschaft für Tiefbau, Berlin-Lichterfelde, soll am 1., 4. und 6. Juni d. J., das Bezugsrecht auf die neuen Stammaktien der Heine Aktiengesellschaft, Leipzig, soll erstmalig am 1. Juni 1923 an der Berliner Börse notiert werden.

*** Umrechnungskurse für die Ausfuhrabgabe** nach dem Stande vom 28. Mai 1923, gültig für die Zeit vom 30. Mai bis 5. Juni 1923: Holland 19 400, Buenos Aires P. 17 400, G. 39 500, Belgien 2900, Norwegen 8000, Dänemark 9200, Schweden 13 200, Finnland 1400, Italien 2400, London 228 700, Amerika 49 500, Frankreich 3300, Schweiz 8900, Spanien 7500, Deutsch-Oesterreich 0,70, Prag 1500, Ungarn 9,10, Bulgarien 520, Rumänien 290, Jugoslawien 520, Luxemburg 2900, Japan 23 800, Rio de Janeiro 5000, Polen (Warschau) 0,85, Mexiko, Goldpeso 28 800, Lettland 176, Estland 136, Goldmark 10 555. — Ueber London ermittelte Kurse: Athen 800, Lissabon 2100, Alexandrien 2200, Valparaiso P. 5900, G. 11 300, Montevideo 36 100.

*** Amsterdam,** 29. Mai, 10 Uhr 10 Min. (Privat-Telegramm der Rotterdamschen Bankvereeniging.) London 11,812 G., 11,82 B., Berlin 0,41 G., 0,4175 B., Wien 0,36 G., 0,3650 B., New-York 255,37 G., 255,87 B., Paris 16,90 G., 16,95 B., Brüssel 145,25 G., 145,75 B., Kopenhagen 47,10 G., 47,30 B., Kristiania 41,799 G., Stockholm 67,90 G., 68,10 B., Zürich 46,00 G., 46,10 B.

*** Neue Nähgarnpreise.** Die Vertriebsgesellschaft deutscher Baumwollnähfadenfabriken (Nähgarnvertrieb) hat laut „Konfektionär" den Aufschlag auf die neuen Grundpreise vom 12. März 1923 abermals von 4400 pCt. auf 4700 pCt. erhöht.

*** Berliner Produktenverkehr.** Eine Abschwächung des Dollars hat den heutigen Getreidemarkt entsprechend ruhiger gestaltet und die Käufer meist vorsichtiger gemacht. Für Weizen waren trotzdem die schon gestern nach der Notiz erzielten höhere Preise schlank zu erhalten, zumal das Inlandsangebot nach wie vor klein geblieben ist. Roggen wird von der Reichsgetreidestelle anscheinend gegenwärtig nicht gekauft. Es war heute nur Frage nach Stationen, die für Wasserverladung nach Bremen sich eignen. Die Provinz hält mit Offerten zurück. Gerste hatte ruhigen Verkehr. Für Hafer war zu etwas nachgiebigeren Forderungen Material unterzubringen. Mais andauernd sehr still. Für Mehl hält das Interesse noch an. Vormittags, als der Dollar noch höher stand, war grösseres Geschäft, mittags wurde es stiller. Für Kleie zeigte sich manche Frage, andere Futterstoffe in der Provinz besser als hier zu verkaufen.

*** Die amtlich notierten Preise** waren an der Berliner Börse per 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 106 000—108 000. Ruhig. Roggen, märkischer 93 000—92 000. Ruhig. Gerste, Sommergerste, märkische 80 000—83 000. Ruhig. Hafer, märkischer 79 000—81 000. Ruhig. Mais waggonfrei Hamburg 94 000. Ruhig. Weizenmehl per 100 kg frei Berlin 305 000—330 000, feinste Marken über Notiz bezahlt. Behauptet. Roggenmehl per 100 kg frei Berlin 250 000—275 000. Behauptet. Weizenkleie 49 000. Roggenkleie frei Berlin 49 500—50 000. Fester. Raps 170 000 bis 180 000. Ruhig. Leinsaat 170 000—180 000. Ruhig. Erbsen, Viktoria 125 000—135 000, kleine Speiseerbsen 87 000—95 000, Peluschken 90 000 bis 95 000, Ackerbohnen 75 000—80 000, Wicken 90 000—95 000, Lupinen, blaue 95 000—100 000, gelbe 130 000—140 000, Serradella 200 000—220 000, Rapskuchen 73 000—75 000, Leinkuchen 110 000—120 000, Trockenschnitzel 28 000 bis 29 000, vollwertige Zuckerschnitzel 40 000—41 000, Torfmelasse 30/70 25 000, Kartoffelflocken 46 000—47 000.

Die amtlichen Notierungen am Frühmarkt waren loko frei Wagen oder ex Waggon per 50 kg: Hafer 84 000 M., Gerste 88 000 M., Torfmelasse 28 000 M., Roggenkleie 50 000 M.

Kartoffelnotierungen (amtlich) per 50 kg: Erzeugerpreise ab märkischen Vollbahnstationen: Speisekartoffeln, weisse und rote 4500 M., gelbfleischige 5000 M.

Heu und Stroh. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter (nichtamtlich). Grosshandelspreise pro 50 kg ab märkischer Station für den Berliner Markt: drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 24 500—27 500, desgl. Haferstroh 22 000—26 000, desgl. Gerstenstroh 21 000 bis 25 000, Roggenlangstroh 24 000—26 000, bindfadengepresstes Roggen- und Weizenstroh 23 500—25 500, loses Krummstroh 19 000—22 000, Häcksel 29 000—30 000, handelsübliches Heu 20 000—22 500, gutes Heu 24 500—25 500.

Metallpreise in Berlin (für 1 kg in M.)	29. Mai	28. Mai
Feststellung der Vereinigung für die deutsche Elektrolytkupfernotiz: Elektrolytkupfer wire bars (für 1 kg in M.)	21132	21423
Notierungen der Berliner Metallbörse:		
Raffinadekupfer 99—99,3 pCt. Mai	17500—18500	17500—18500
Originalhüttenweichblei	7000—7300	7000—7300
Originalhüttenrohzink (Preis im freien Verkehr)	8000—8300	8100—8300
Originalhüttenrohzink (Preis d. Zinkhüttenverb.) nominell (für 100 kg in M.)	870624	781738
Remelted-Plattenzink v. handelsübl. Beschaffenh.	6800—7000	6800—7000
Originalhüttenaluminium, 98—99 pCt. in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren	28290 / 28370 { Juli	28930 / 29010 { Juli
desgl. in Walz- und Drahtbarren, 99 pCt.	55000—56000	57000—58000
Banka-, Straits-, Australzinn in Verkäuferswahl	54000—55000	56000—57000
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	33000—34000	33500—34500
Reinnickel, 98—99 pCt.	7000—7300	7000—7300
Antimon-Regulus	1175‡—1185‡	1190‡—1210‡
Silber in Barren, ca. 900 fein		

‡) = 000

*** Berliner Edelmetallkurse** vom 29. Mai, 1 Uhr nachmittags. (Mitgeteilt vom Bankhause Hauer, Würzburger & Co., Kommanditgesellschaft, Berlin.) Silber per Juni 1 150 000—1 155 000 per Kilogramm fein, Juli 1 355 000—1 360 000 per Kilogramm fein, Gold per Kasse 39—39,5 Mill. Mark per Kilogramm fein, Platin 195—200 Mill. M. per Kilogramm fein.

Eisenbahnsignal-Bauanstalt, Braunschweig. 300 pCt. Dividende (i. V. 24 pCt.).
Gebr. Böhler & Co. Akt.-Ges. 80 pCt. (i. V. 25).
Crédit Lyonnais. Ueberschuss 40,49 Mill. Fr. (i. V. 38,9), Dividende wieder 70 Fr.

Mitteldeutsche Creditbank.

Einladung zur 68. ordentlichen Generalversammlung.

Die Aktionäre unserer Bank werden hierdurch zu der am **Sonnabend, den 30. Juni 1923, vormittags 11 Uhr, in unserem Bankgebäude, Neue Mainzer Strasse 32, dahier** stattfindenden achtundsechzigsten ordentlichen Generalversammlung eingeladen.

Gegenstände der Verhandlung sind:

1. Vorlage des Berichts des Vorstands für das Jahr 1922 mit den Bemerkungen des Aufsichtsrats; Beschlussfassung über die Genehmigung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1922 sowie über die Verwendung des Reingewinns.
2. Entlastung des Vorstands.
3. Entlastung des Aufsichtsrats.
4. Aufsichtsratswahlen.
5. Feuerversicherung der Bankgebäude und des Mobiliars.
6. Erhöhung des Grundkapitals um bis zu Mk. 10 000 000 durch Ausgabe bis zu 10 000 auf den Inhaber lautenden und mit den bereits bestehenden Vorzugs-Aktien gleichberechtigten Vorzugs-Aktien zu je Mk. 1000. Ausschliessung des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre. Festsetzung des Ausgabekurses. Ermächtigung an den Aufsichtsrat und Vorstand, die sonstigen Ausgabebedingungen und die Einzelheiten der Begebung der neuen Vorzugs-Aktien festzusetzen.
7. Erhöhung des Grundkapitals um weitere bis zu Mk. 600 000 000 durch Ausgabe bis zu 600 000 auf den Inhaber lautenden Stamm-Aktien zu je Mk. 1000. Ausschliessung des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre. Festsetzung des Ausgabekurses. Ermächtigung an den Aufsichtsrat und Vorstand, die sonstigen Ausgabebedingungen und die Einzelheiten der Begebung der neuen Stamm-Aktien festzusetzen.
8. Ermächtigung des Aufsichtsrats zur Richtigstellung der Ziffer und Einteilung des Grundkapitals in § 5 des Statuts entsprechend der Durchführung der Beschlüsse zu 6 und 7 und zu sonstigen dadurch etwa notwendig werdenden Aenderungen in der Fassung des Statuts.
9. Sonderabstimmung der Vorzugs-Aktionäre zu den Punkten 6, 7 und 8.
10. Sonderabstimmung der Stamm-Aktionäre zu den Punkten 6, 7 und 8.
11. Statutenänderungen in § 3 (statt „kommanditarisch": „in jeder Form"); § 4 Abs. 1 (statt „Bestimmungen": „Bestimmung"); § 4 Abs. 3 (Veränderung in den Gesellschaftsblättern) zu streichen; § 7 Abs. 2 (statt § 37 des Statuts: § 214 H. G. B., statt: „bestimmt die Generalversammlung": „kann bestimmt werden"); § 11 (Neuausfertigungen von Aktien usw.); § 13 Abs. 2 (statt „mehreren": „mehr"); § 20 Abs. 1 (Amtsdauer des Aufsichtsratsvorsitzenden); § 21 (Einberufung von Aufsichtsratssitzungen); § 23 (Form der Aufsichtsratsbekanntmachungen); § 29 (statt „Tag" der Hinterlegung: „Werktag", Streichung der Stimmenzahl); § 31 Abs. 1 (Vorsitz in der Generalversammlung); Zusammenziehung von § 33 Abs. 4 und § 34 Abs. 1 (Zustandekommen von Generalversammlungsbeschlüssen); § 34 Abs. 2 (Aufnahme eines Hinweises auf § 5 Abs. 2); § 37b (statt „auf die": „der"); § 37c und e (Dividendenanspruch nur nach Verhältnis der geleisteten Einzahlungen); §§ 7 Abs. 1, 27 Abs. 2, 31 Abs. 3 und 4 (zu streichen, weil gesetzliche Bestimmungen).

Die Aktionäre, welche an der Beschlussfassung in der Generalversammlung teilnehmen wollen, haben ihre Aktien spätestens **am 25. Juni 1923** bei einer der nachstehend verzeichneten Stellen gegen Ausstellung einer Eintrittskarte zu hinterlegen: in **Frankfurt a. M.** bei der **Mitteldeutschen Creditbank**, in **Berlin** bei der **Mitteldeutschen Creditbank** oder bei der **Bank des Berliner Kassen-Vereins**, in **Augsburg, Baden-Baden, Düsseldorf, Essen, Fürth, Giessen, Göttingen, Hamburg, Hanau, Hannover, Hildesheim, Karlsruhe, Köln, Königsberg i. Pr., Leipzig, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Marburg, München, Nürnberg, Wetzlar** und **Wiesbaden** bei den **Filialen der Mitteldeutschen Creditbank**, sowie bei den an anderen Plätzen befindlichen **Wechselstuben** und **Niederlassungen der Mitteldeutschen Creditbank**, ausserdem in **Koblenz** und **Köln** bei der Firma **Leopold Seligmann**, in **Meiningen** bei der **Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp Aktiengesellschaft**, in **München** bei der Firma **H. Aufhäuser** oder bei der Firma **Moritz Schulmann**, in **Stuttgart** bei der Firma **Doertenbach & Cie. G. m. b. H.**, in **Tübingen, Hechingen, Metzingen** und **Sigmaringen** bei der **Bankcommandite Siegmund Weil.** An Stelle der Aktien kann auch der Hinterlegungsschein der Reichsbank oder auch derjenige eines Notars hinterlegt werden. Der Hinterlegungsschein eines Notars ist spätestens am dritten Tage vor dem Tage der Generalversammlung bei der Gesellschaft zu hinterlegen.

Frankfurt a. M., den 28. Mai 1923.

Der Aufsichtsrat der Mitteldeutschen Creditbank.

Richard v. Passavant-Gontard. Albert Andreae.

Jahresabschluss für das siebzehnte Geschäftsjahr 1922.

Aktiva.				
Grundstücke			720 000	—
Anlagen				
Buchwert am 1. Januar 1922	4 800 000	—		
Zugang bis 31. Dezember 1922	903 400	—		
	5 703 400	—		
Abschreibung 1922	703 400	—	5 000 000	—
Beamten- und Arbeiterwohnhäuser				
Buchwert am 1. Januar 1922	850 000	—		
Zugang bis 31. Dezember 1922	1 255 000	—		
	2 105 000	—		
Abschreibung 1922	1 205 000	—	900 000	—
Mobilien und Geräte				
Buchwert am 1. Januar 1922	1	—		
Zugang bis 31. Dezember 1922	334 406	62		
	334 407	62		
Abschreibung 1922	334 406	62	1	—
Beteiligungen				
Buchwert am 1. Januar 1922	875 000	—		
Zugang bis 31. Dezember 1922	1 060 000	—		
	1 435 000	—		
Abschreibung 1922	435 000	—	1 000 000	—
Kassenbestand			2 403 301	97
Warenbestände			10 996 687	—
Bankguthaben			154 945 360	21
Verschiedene Schuldner			210 994 091	46
Avale	40 000 000	—		
Vorausbezahlte Versicherungen			490 100	—
			387 449 541	64

Passiva.				
Aktienkapital			10 000 000	—
5% Obligationsanleihe				
Buchwert am 1. Januar 1922	2 302 000	—		
1922 eingelöst	73 000	—	2 229 000	—
Ordentliche Rücklage			2 725 900	—
Hypotheken				
Buchwert am 1. Januar 1922	309 129	84		
Zugang bis 31. Dezember 1922	165 500	—		
	474 629	84		
Abgang bis 31. Dezember 1922	108 159	94	366 469	90
Wiederaufbaukonto			19 000 000	—
Verschiedene Gläubiger			328 260 112	74
Avale	40 000 000	—		
Rückständige Löhne			13 026 653	—
Verträge und Verrechnungen			340 903	—
Gewinn				
Vortrag aus 1921	17 318	66		
Gewinn 1922	11 484 084	34	11 501 403	—
			387 449 541	64

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Soll.				
Generalunkosten			5 649 013	02
Zinsen, einschl. Obligations- und Hypothekenzinsen			2 262 870	96
Steuern			11 418 084	11
Disagio auf eingelöste Anleihestücke			1 460	—
Abschreibungen 1922				
a) auf Anlagen	703 400	—		
b) auf Beamten- und Arbeiterwohnhäuser	1 205 000	—		
c) auf Mobilien und Geräte	334 406	62		
d) auf Beteiligungen	435 000	—	2 677 806	62
Gewinn			11 501 403	—
			33 510 637	71

Haben.		
Gewinn-Vortrag aus 1921	17 318	66
Betriebsüberschüsse	33 493 319	05
	33 510 637	71

Friedrich-August-Hütte, den 31. Dezember 1922.

Metallwerke Unterweser Aktiengesellschaft.

Der Vorstand:
Maassen.

Geprüft und richtig befunden.

Bremen, den 4. Mai 1923.

„Fides" Treuhand-Aktiengesellschaft
Kluck ppa. Dökel.

19 000 Sensen für Rußland sofort greifbar ab Breslau sofort preiswert abzugeben. Offerten unter **B. S. 4634** an **Rudolf Mosse, Breslau.**

Jutesäcke, neu, 65 × 135 cm, blaugestreift, ca. 700 Stück zu verkaufen. **Peter Witt,** Prager Str. 31, Tel.: Pfalzburg 4707.

Emaillewaren, Eimer, Becher, Schüsseln, Nachtgeschirre, Kochtöpfe, Wasserkessel usw., große Posten ab Lager lieferbar. **Kurtze,** Ritterstr. 100.

Kragenknöpfe, Bischofshaken, Celluloidkapsel, 250 Grs., bietet an **Koch, Berlin,** Wallstr. 25. Ztr. 3301

Brauseköpfe, 2000 Stück, für Bademannen verkauft billig, **Beyer,** Steglitz, Zimmermannstraße 25. Stegl. 3908.

50 Paar neue **Pferdegeschirre,** 140 gebr. Sättel verkauft **Baruch,** Berlin W. 30, Barbarossastraße 17.

15 000 Stück 36/37 ctl. u. **8000 Stück** 72/73 ctl. **weiße Kognakflaschen, 10 000 Stück** 73 ctl. **halbweiße Kognakflaschen** v. Lager zum alten Preise bei sofortiger Kasse abzugeb. Angeb. u. J. S. 13105 an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Ab Lager **Kiel: It-Platte 1½ mm, Gummi - Spiral-Schläuche** je 3,5 m lang, 65 mm ∅ sehr günstig zu verk. **W. Helmrath & Co.,** Düsseldorf, Fürstenwallstr. 87.

Abrechnung der Dynamit-Actien-Gesellschaft, vormals Alfred Nobel & Co., Hamburg

für Ende Dezember 1922.

Aktiven	M.	pf
Gebäude, Fabriken, Lagerhäuser, Grundstücke usw.	7 988 215	69
Rohstoffe, Waren, Kommissionsläger	285 906 987	62
Kasse, Wechsel, Wertpapiere u. Beteiligungen	73 476 589	50
Schatzwechsel	1 222 380	—
Avale	114 047 506	—
„Adastra"-Verwaltungs-Gesellschaft m. b. H. Konto wegen Vorzugsaktien	75 000 000	—
Verbündete Gesellschaften	344 758 611	92
Bankguthaben	704 262 680	01
Sonstige Debitoren	2 927 305 234	48
	4 533 968 205	22

Passiven	M.	pf
Aktien-Kapital M. 125 000 000,— 6% Vorzugsaktien „ 75 000 000,—	200 000 000	—
Schuldverschreibungen	5 462 000	—
Gesetzliche Rücklage	100 849 496	16
Besondere Rücklagen	9 949 530	04
Erneuerungsfonds	1 000 000	—
Rückständige Dividende	595 460	—
Rückständige ausgel. Schuldverschreibungen	33 850	—
Verrechnungs-Konti der angeschlossenen Gesellschaften	7 615 758	60
Wiederaufbau-Konto	600 000 000	—
Avale	114 047 506	—
Bankschulden	783 687 569	—
Sonstige Kreditoren	2 403 114 025	15
Verbleibender Ueberschuss	307 613 010	27
	4 533 968 205	22

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Ausgaben	M.	pf
Unkosten und Steuern	157 096 482	43
Zinsen auf Schuldverschreibungen	247 117	50
Zinsen auf Banken ÷ Zinseinnahmen	22 798 288	67
Agio auf ausgeloste Schuldverschreibungen	3 540	—
Stempel und Unkosten auf Vorzugsaktien	1 041 750	—
Abschreibungen	2 000 000	—
Verbleibender Ueberschuss	307 613 010	27
	490 710 188	87

Einnahmen	M.	pf
Gewinn-Vortrag aus 1921	823 866	03
Gewinn auf Waren, Dividenden und Gewinne aus Abrechnungen mit verbündeten Gesellschaften pro Saldo	489 886 322	84
	490 710 188	87

Dynamit-Actien-Gesellschaft vormals Alfred Nobel & Co., Hamburg

Dr. G. Aufschläger. F. Richter. R. E. Berckemeyer. Dr. Schmidt.

Nachgesehen und mit den Büchern übereinstimmend befunden:

John Miehlmann,
beeidigter Bücherrevisor.

Die Gewinnanteilscheine Nr. 8 gelangen **von heute ab** mit 200 Prozent = M. 2000.— für das Stück bei unserer **Geschäftsstelle in Hamburg** oder bei einer der nachbenannten Bankhäuser und zwar:
in **Hamburg** bei der **Norddeutschen Bank in Hamburg,**
in **Berlin** bei der **Deutschen Bank,** der **Direction der Disconto-Gesellschaft** oder der Dresdner Bank,
in **Köln** bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.** oder dem **Bankhause A. Levy**
zur Einlösung.

In der heute abgehaltenen Generalversammlung wurden in den Aufsichtsrat die satzungsgemäss ausscheidenden Herren D. Max von Schinckel, Hamburg, Kommerzienrat Dr. W. Baare, Bochum, und Generaldirektor Geheimrat Dr. W. Beukenberg, Dortmund, wieder- und die Herren Oberberghauptmann Geheimer Rat Dr. H. Fischer, Dresden, und Generaldirektor Professor Dr. J. Flechtheim, Berlin, neugewählt.

Zum Rechnungsprüfer wurde Herr John Miehlmann gewählt.

Hamburg, den 26. Mai 1923.

Der Vorstand.

Dr. Paul Meyer Aktiengesellschaft,

Spezialfabrik elektrischer Schaltanlagen, Messgeräte, Apparate und Zähler, Berlin.

Bilanz am 31. Dezember 1922.

Vermögen.		
Grundstücke und Gebäude		2,—
Einrichtungen und Inventar		2,—
Werkzeuge und Maschinen		2,—
Modelle und Schutzrechte		2,—
Kassen- und Wechselbestand		10 267 887,—
Schulden und Bankguthaben		987 624 929,—
Bestände		1 459 886 415,—
		2 457 779 239,—

Schulden.		
Aktienkapital		88 000 000,—
Teilschuldverschreibungen		24 000 000,—
Gesetzliche Rücklage		124 113 340,—
Grundlasten		2 120 500,—
Restliche Dividende		133 320,—
Kreditoren		1 717 956 540,—
Akzepte		344 658 032,—
Gewinnvortrag aus 1921	595 495,—	
Reingewinn aus 1922	156 202 012,—	156 797 507,—
		2 457 779 239,—

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Soll.	
Handlungsunkosten	67 525 539,—
Steuern	178 000 000,—
Zinsen	30 886 064,—
Abschreibungen	166 130 627,—
Verlust a. Wohnhäuser	545 055,—
Reingewinn	156 797 508,—
	599 884 793,—

Haben.	
Vortrag aus 1921	595 495,—
Fabrikationsgewinn	599 289 298,—
	599 884 793,—

Vorstehende Bilanz sowie die Gewinn- und Verlust-Rechnung haben wir geprüft und mit den ordnungsgemäss geführten Büchern der Dr. Paul Meyer Aktiengesellschaft zu Berlin in Uebereinstimmung gefunden.

Friedrich Griebel, gerichtl. Bücherrevisor. **Paul Reiss,** Bücherrevisor.

Die Dividende von 150% ist zahlbar bei der Deutschen Bank, Berlin, und deren Filialen, bei der Commerz- und Privatbank, Berlin, und deren Filialen, bei der J. F. Schröder Bank in Bremen, bei der Essener Credit-Anstalt, Essen, bei dem Bankhause Marx & Goldschmidt in Mannheim.

Berlin, den 3. Mai 1923. **Der Vorstand.**

Mechanikerbänke (Zangenspannung), 600, 500 × 150, verk. **Friedemann,** Fürstenst. 9. Mor.-Pl. 1068.

Haben größere Posten **Kupferrohre,** Werkslängen u. -qualität, verfügbar ab unserem norddeutschen Lager in den Dimensionen
25 × 28 mm
45 × 51 mm
50 × 53 mm
50 × 57 mm
55 × 60 mm
70 × 73 mm
109 × 121 mm
128 × 133 mm
22 × 55 mm
75 × 83 mm
116 × 121 mm

Messingbleche 0,3—5 mm. Eilofferten erbeten an Eisen- und Metallhandelsgesellschaft m. b. H., Nürnberg, Findelwiesenstr. 28. Tel. 12 375 bis 79. Telegramm: Eisenhandel.

Für Export 30 tons Stiftdraht 2,5 2,8 3,1 mm sofort lieferbar. **S. Brinitzer & Co.** Schützenstraße 68.

Holzkohlen! 250 Ztr. prima Buchen-Waldmeiler-Holzkohle, trockene, grobstückige, gegabelte Ware, sofort greifbar, weitere Ladungen sukzessive verkauft. Rittergut Morungen bei Sangerhausen. Telefon Sangerhausen 321.

Aluminium-War. Schmortöpfe, Becher, Teekannen, Wasserkessel, Kaffeekannen usw., großer Posten greifbar. **Hans Kurtze,** Ritterstr. 100.

28 Büroschreibmaschinen, fabrikneu, à **M. 900 000,—**, Lieferwerksbescheinigung; **4 gebrauchte** à **M. 195 000,—** verkauft **Neumann,** Wilhelmstr. 123.

Lagerware. Export. Engros. **Strümpfe — Socken** in Kunstseide u. Seidenflor. Verkauf nur ab Lager! Kein Musterversand! **Feinwirkwaren G. m. b. H.,** Berlin C. 19, Wallstr. 90/91, 1 Minute vom Spittelmarkt. Fernruf Moritzpl. 6386.

Selten billig. 80 m autog. geschw. schmiedeeiserne **Rohre,** 300 mm l. W., 100 m überlappt geschw. **Flanschenrohre,** 400 mm l. W., **1 Krümmer,** 400 mm, **1 Flanschenabzweig,** 400/300 mm, **1 Flanschenreduzierstück,** 400/300 mm, **2 Flanschenschieber,** 300 mm, **1 Gasdurchgangsventil,** 300 mm, alles so gut wie neu, verkäuflich. Anfragen unt. **L. N. 4320** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Seltene Kaufgelegenheit!
Zirka 80 Elektro-Kleinmotoren
in Grösse von 0,2 bis 3,5 PS.,
vollständig neu u. in erstklassiger Qualität, mit Leistungsgarantie, werden sofort en bloc oder in Teilmengen weit unter Tagespreis abgegeben.
Interessenten wollen sish melden unter **F. W. T. 283** an **Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.**

6 Stck. ungebr. eisenbl. **Schornsteine,** 2,30 m lang, 30 cm Drchm., offr. f. halb. Preis. Adr. u. J. D. 3166 a. Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Wir liefern sofort Lehn-Sprungfedern, Drähte in versch. Abmessg. **Quast & Schoof,** Berlin, Lützowstr. 96.

Größerer Posten seidener Damenstrümpfe m. kl. Fehlern, Paar 4500, im ganzen o. geteilt abzugeben. **...rost,** Landsberger Str. 32, r. Stfl.

Spiralbohrer S S. ko. 11—32. 300 Stck. verk. m. 40 000 pCt. **Haseloff,** Demminerstraße 23.

Für Export! Fahrräder, Stiftdraht 1,6-3,8 mm, Aggregat, 7 Kw, 110 V. Gl., **Eiserne Fässer** 3001, **Rädernieten** 42/65 verkauft **Hanseatische Ost-Handelsgesellschaft m. b. H., Berlin, Behrenstr. 50/52.** Moabit 4500-04.

Lagerplatz zu mieten gesucht. **Probst & Co., Berlin W. 57,** Nollendorf 9266.

Kunstseidene Tressen Nr. 38, 41, 49, 57, 65 sofort lieferbar, ab Lager. **Rudolph, Bautzen, Wendischestr. 12.**

Osram-Lampen, 220 Volt, Draht- und Halbwatt-, div. Kerzenstärken bezw. Wattanzahl, hell und halbmatt, größerer Posten (ca. 1500 Stück) en bloc wegen Aufgabe preiswert abzugeben. Schriftliche Anfragen an **W. R. Neumann & Co., Berlin W. 35, Steglitzer Str. 36.**

Ich biete an:

Manchester-Breeches-Hosen	43 000
Pilot-Hosen	25 000
Buxin-Breeches-Hosen Ia	19 500
Genua-Cord, Ia pro Meter	28 000
Roh-Nessel, 88 breit Meter	6 000
Cretonne gebl. 82 br. Meter	7 500
Fahlleder-Schnürschuh	26 500
Hochschaftstiefel	48 500
Knabenstiefel	23 500

Waren-Posten-Zentrale, Rosenthalerstr. 52, IV. Norden 8640.

Schaufeln, Holst., Frankf. u. Lothr. Nr. 2, 3 4, 5, 6 4, 5, 6 größere Mengen, sowie **Ia Drahtstifte,** ∅ u. ☐, 2, 5—8", ca. 2300 kg verkaufen billigst **Decker & Co., Schwerin i. M.**

Von Stadtverwaltung des Industriebezirks sind zu verkaufen: **10 Straßensprengwagen,** gut erhalten 1½ cbm Inhalt, **1 Straßenkehrmaschine,** gut erhalten. Angebote unter **J. K. 15671** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Zu verkaufen 1 fast neue A.E.G.-Schreibmaschine. **Hazet-Zerstäuber A.-G.,** Goethestr. 84.

200 Eschenstiele 42×60×950, M. 3100. **Möller, Kantstr. 44.**

Großen Posten **schwarze Kunstseidenschnur,** 10", hat abzugeben **Oscar Rosenthal,** Steglitz, Schloßstr. 111. Telef.: Steglitz 440.

Kaufgesuche bewegl. Gegenstände

Strümpfe jed. Post. z. kf. ges. **Max Blonder,** Alexandrinenstr. 62. Moritzpl. 14859.

Dringend zu kaufen gesucht: Moniereisen, 5, 6, 8 bis 24 mm. **Foerderung A. G., Berlin W. 9,** Potsdamer Str. 20. Tel.: Foerderung Berlin. Fernspr.: Lützow 8138/39.

Papierwaren, Kunstpostkarten und and. günst. Posten verkauft **R. Pflaumer,** Altonaer Str. 19.

Tiefziehbleche, Bandeisen, kalt gewalzt, in div. Dimensionen gesucht. Off. unt. J. A. 15583 an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Bleche, Stabeisen zu kaufen gesucht. **H. Gockisch,** Neukölln, Pflügerstr. 19.

Gebr., aber gut erhaltener **Dampfkessel** 8—10 qm Heizfläche, mit ca. 6 Atm. Druck, zu kaufen gesucht. **Gebr. Schulz, Färberei und Wäscherei,** Neubrandenburg in Meckl.

Jumperseide suchen **Gebrüder Bendel,** Danzigerstraße 3. Bem. Off. erbeten.

Bleche, Streifen, Stücke u. Bandeisen kauft **W. Bonow,** Mb. 9842.

Teerfässer, Oel-, Hering- und andere kauft **Weiß,** Beusselstraße 44 E. Hansa 624.

Drehb., Fräsmasch., Shaping-Bohrmasch. evtl. Betr. f. **Radomi,** Gabelsbergerstraße 14. Kgst. 8302.

Schlachterei-maschinen u. Belegmaschinen. Offerten werden gewünscht. **J. P. Henriksen,** Aaboulevarden 26, Kopenhagen.

National-Kassenapparate, 2—4 und 6 Schubladen, werden gegen bar gekauft. **J. P. Henriksen,** Aaboulevarden 26, Kopenhagen.

Gebr. Drahtseilbahn 1,5 km zu kaufen ersucht. Off. u. L. G. 710 an **Ala-Haasenstein & Vogler, Leipzig.**

Strümpfe bill. Lagerpost. sow. Trik. sof. ges. **letter,** Spandauer 31.

Nähmaschinen in größeren Posten, fabrikneu, für Export gesucht. Nur ausführliche Eilangebote mit Angabe der Fabrikate, Marken und Preise unter **J. J. 3192** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Suche für Export Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, Fahrräder, Bestandteile, Separatore. Ausführliche Eilangebote mit Angabe der Fabrikate, Marken, Preise unter **J. K. 3193** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Segeltuche jeder Qualität und Farbe sucht **Luitpold Landmann, Berlin SW. 68,** Feilnerstr. 1. Telephon Dönhoff 4181.

Große Mengen neue, ungebrauchte, breiteilige **Militär-Zeltstöcke** zu kaufen gesucht. Angebote unter **K. L. 555 U.** an **Ala-Haasenstein & Vogler, Hannover.**

Ausrüstungs-Artikel. **Militär.** Einkauf, Verkauf. Kochgeschirre, Trinkbecher, Brotbeutel, Spaten, Beilpicken, Feldflaschen, Teleph.-Kabeldraht, Stahlhelme, Gasmask., Stiefel, Ledergesch., Tornist., Peitschen, Strähnengurte, Patronentaschen, Werkz., Drahtstifte, Täckse usw. **Werning,** Friedrichstr. 248.

Drahtstifte in allen Dimensionen für Inland zu kaufen gesucht. Offerten unter **J. N. 3175** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Wir suchen für unsere Oberhemdenfabrikation **Hemdentuche, Percal u. Zephir. Friedländer & Rappoport,** Neue Schönhauser Straße 16.

Kompl., z. fabrikmäßigen Herstellg. von **Kunsthonig** geeignete, noch gut erhaltene **Fabrikationseinrichtung** zu kaufen gesucht. Ausführliche Preisangebote erbeten an **Aurel Wolff, Swinemünde,** Lotsenstraße 76.

1 schwere **Zweiständer-Hobelmaschine** von mindestens 2500 mm Hobelbreite und 7—10 000 mm Hobellänge, ferner **gleichschenkliges Winkeleisen** von 50—150 mm Schenkelbreite, **ungleichschenkliges Winkeleisen** von 90×60 bis 130×65 mm Schenkelbreite **sofort zu kaufen gesucht.** Offerten unter **J. K. 15650** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Suchen Fabrikantenofferte bzw. Lagerposten in **Browning-Taschenlampen** und andere Neuheiten. Offerten u. **L. G. 15481** an **Ala-Haasenstein & Vogler, Leipzig.**

Greifbare Lagerposten **Räderfeuerzeuge** und **Streichfeuerzeuge** gesucht gegen Barzahlung. Detaillierte Offerte unter **J. W. 15660** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Ich suche
gegen sofortige Kasse greifbare Lagerposten
in
Taschentücher, Handtücher, Staubtücher, Seidenbänder, Wäscheklammern, Kleiderbügel, Taschenmesser, Scheren, Küchenmesser, Brotmesser, Bleistifte, Herren- und Damen-Tresors für Silbergeld sowie sonstige Kurzwaren.
Bemusterte Angebote erbitte Mittwoch von 2 bis 5 Uhr.
Anton Bretzel
Berlin C. 2, Rosenstr. 18/19.